

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Land & Freiheit



**Interview mit Gerhard Senft ■ Aufruf für eine zeitgemäße
Grundsteuer ■ Vom Eigentum zur Nutzung**

Liebe Leserinnen und Leser,

Freuen Sie sich auch schon auf den kleinen Lord? Der Film über den kleinen Ceddie aus Amerika, der das Herz seines verbitterten englischen Großvaters, des Earl von Dorincourt, erweicht, gehört traditionell zum weihnachtlichen TV-Programm. Der alte Graf ist reich und einsam, seine Pächter sind arm und krank – der kleine Junge schafft es jedoch durch seine offenerherzige Art, Veränderungen herbeizuführen. Auch wenn der Film Ende des 19. Jahrhunderts spielt, er kommt heute noch gut an.

Doch sehen die vielen Zuschauer auch die Parallelen zur Gegenwart? Oder lassen sie sich vormachen, das alles sei längst vergangene Zeit? Eine aktuelle Dokumentation wie »Poker um deutsche Äcker«, die neulich im ZDF lief, ist doch wesentlich unbequemer als so ein Spielfilm mit Happy End.

Ja, es ist ungemütlich, sich mit dem globalen Trend der Landnahme zu beschäftigen, denn der betrifft nicht nur Menschen in Afrika und Asien, sondern auch uns. Investoren kaufen große Flächen und hoffen auf satte Gewinne. Traditionelle Bauern können nicht mehr mithalten. Immobilien werden teurer, Mieten steigen, mit den Früchten des Bodens wird spekuliert ... Was ist da los?

Der große Ausverkauf geht weiter. Die extrem lockere Geldpolitik, die erst Zusammenbrüche verhindern und Ungleichgewichte auffangen, dann vorgeblich aber auch die Wirtschaft ankurbeln sollte, unterstützt nur mehr die weitere Umverteilung und Privatisierung der Welt. Seien wir ehrlich: Positives Wirtschaftswachstum, das allen zugute kommt, gibt es schon lange nicht mehr.

Führende Monetärökonomen sind mit ihrem bisherigen Latein am Ende. Zwar sind sich die meisten darin einig, dass durch das Eingreifen der Notenbanken Schlimmeres zunächst verhindert wurde – doch eine Besserung ist durch die außergewöhnlichen Maßnahmen auch nicht in Sicht. So gab nun der frühere US-Finanzminister Larry Summers auf einer IWF-Tagung zu bedenken: »Es scheint mir, dass man vier Jahre nach der erfolgrei-

chen Krisenbekämpfung, aber ohne irgendein Anzeichen von Wachstum, welches das Gleichgewicht wiederherstellen würde, sich mit einer politischen Agenda beschäftigen muss, die weniger mit monetären Eingriffen macht als bisher, die weniger mit fiskalpolitischen Maßnahmen macht als bisher, und Schritte unternimmt, deren Hauptziel ist, dass es weniger Kreditgewährung, weniger Kreditaufnahmen und weniger Asset-Price-Inflation gibt als zuvor.«

Mit seiner Rede stieß Summers eine überfällige breitere Debatte darüber an, wie wir einen guten Umgang mit permanenter wirtschaftlicher Stagnation finden. Höhere Inflationsziele, Negativzinsen und die Abschaffung von Bargeld werden jetzt öffentlich diskutiert. Auch die Zentralbanken sind in Bewegung und erwägen ein Absenken der Einlagenzinsen bis in den negativen Bereich.

Rückt eine Umlaufsicherung in unserem Sinne in den Bereich des Realisierbaren, oder geht es nur um weitere Machtkonzentration? Und denkt man – noch vor einer Geldreform – auch an den Boden, der nicht weiter in den Händen einer Minderheit privatisiert werden darf? Die INWO will sich in diese wichtigen Diskussionen einbringen.

Helfen auch Sie mit. Stellen Sie wie der kleine Lord Ceddie die richtigen Fragen. Machen Sie zu Weihnachten nicht nur Smalltalk, sondern sprechen Sie Wesentliches an. Verschenken Sie aufrüttelnde Bücher wie die, die in diesem Heft vorgestellt werden ... und es wird sich etwas bewegen!



Eine schöne Weihnachtszeit wünscht Ihnen im Namen des ganzen INWO-Teams

Leake Boddy

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Ulrich Kriese: Aufruf für eine zeitgemäße Grundsteuer
- 4 Heinz Girschweiler: Vom Eigentum zur Nutzung
- 9 Land & Freiheit – Interview mit Gerhard Senft
- 12 Monica Gassner: Spe(c)kulation – Rückblick auf eine Tagung zum Welternährungstag
- 14 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Klaus Willemsen: Raus aus der Wachstumslogik oder Grün wachsen?
- 19 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Termine Deutschland

Impressum

FAIRCONOMY 9. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2013, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bocking (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 450 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Rike / PIXELIO.de / cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Dieter Schütz / PIXELIO.de; 4: © Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM) / PIXELIO.de; 5: © UHUN, <http://unser-netz-hamburg.de>; 6: © Mehr Demokratie e.V., <http://www.mehr-demokratie.de>; 8: © xalanx / Clipdealer.com; 9: © convisum / Clipdealer.com; 13: © Fachhochschule Nordwestschweiz Hochschule für Technik; 15 Maßband: © Benjamin Klack / PIXELIO.de; 16: © DANACH, <http://danach.info>; 16: © Aaron McIntyre / flickr.com; 18: Thomas Max Müller / PIXELIO.de; 19+20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 23: © Joss / PIXELIO.de

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Aufruf für eine zeitgemäße Grundsteuer

Eine erste Zwischenbilanz

Mitte Dezember 2012 ging der bundesweite Aufruf »Für eine zeitgemäße Reform der Grundsteuer« an den Start. Zunächst unterzeichnet von sechs Bürgermeistern, Olaf Tschimpke, dem Präsidenten des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), und Prof. Dr. Dirk Lühr von der Hochschule Trier, haben sich seitdem über 30 weitere Bürgermeister, zahlreiche, teils große und namhafte Verbände sowie mehrere hundert Einzelpersonen dem Aufruf angeschlossen. Auch die INWO Deutschland ist mit dabei.

Die Unterzeichner appellieren an die Länderfinanzminister, im Vorfeld der bevorstehenden Grundsteuerreform auch zwei Varianten zu prüfen, wonach nur noch der Boden besteuert würde: die »reine Bodenwertsteuer« und die »kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer«. Aufstehende Gebäude sollen, anders als heute, künftig nicht mehr zur Besteuerung herangezogen werden. Eine so konzipierte Grundsteuer regt zu Investitionen in den Gebäudebestand und zur Ausnutzung bestehender Baurechte an, erhöht u.a. das innerörtliche Wohnraumangebot und unterstützt auf diese Weise die parteiübergreifenden Anstrengungen gegen den anhaltenden Landschaftsverbrauch (Stichwort 30-Hektar-Ziel). Die beiden genannten Grundsteuer-Modellvarianten sollen eine faire Chance bekommen. Sie von vornherein zu verwerfen, halten die Aufruf-Unterzeichner für falsch. Eine Entscheidung für oder gegen einzelne Grundsteuermodelle darf erst getroffen werden, wenn die Verprobungsergebnisse auch dieser Varianten auf dem Tisch liegen.

Die Grundsteuer ist mit einem Anteil von 22% nach der Gewerbesteuer die wichtigste Gemeindesteuer. Rund elf Milliarden Euro gelangen durch sie jährlich in die Kassen der Kommunen. Betrachtet man das gesamte deutsche Steueraufkommen, kostet Grundeigentum jedoch wenig (2%). Dagegen machen die Lohn- und die Umsatzsteuer je fast ein Viertel des gesamten Steueraufkommens aus.

Dem Vernehmen nach wird sich die Finanzministerkonferenz in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Thema Grundsteuerreform befassen. Organisatoren und Erstunterzeichner führen seit Beginn des Aufrufs Gespräche mit kommunalen Spitzenverbänden, Parteien und Politikern in den Ländern und im Bund,



2010 verlangte der Bundesfinanzhof ein neues Verfahren zur Ermittlung der Grundsteuer. Seitdem diskutieren Bund, Länder und Gemeinden über eine Reform. Die bisherigen Vorschläge wollen an dem geltenden Prinzip festhalten, dass nicht nur der Grund, sondern auch das Gebäude, das darauf steht, die Höhe der Grundsteuer bestimmt. Sinnvoller wäre es jedoch, allein die endliche Ressource Boden zu besteuern.

Bürgermeistern, Verbänden und den Medien und werben für ihr Anliegen. Der Aufruf erzielte bereits ein beachtliches Medienecho und wurde bis jetzt positiv aufgenommen beispielsweise vom Gemeindetag Baden-Württemberg, vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und vom Hessischen Städte- tag. In mehreren Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialverbänden ist die Meinungsbildung über die Positionierung zum Aufruf im Gange. Bündnis 90/Die Grünen führen inzwischen eine intensive Debatte über das Für und Wider verschiedener Grundsteuermodelle. Interessant dürfte sein, wie sich die neue hessische Landesregierung zur Grundsteuerreform positionieren wird. Sie hat sich bislang zusammen mit Bayern für eine rein flächenbasierte Grundsteuer eingesetzt, also eine Grundsteuer ohne jegliche Wertkomponente. Es gilt aber als sicher, dass eine solchermaßen ausgestaltete Grundsteuer vor dem Grundgesetz keinen

Bestand hätte, so dass sich Hessen und Bayern früher oder später nach einer Alternative umschauen müssen.

Von allen Seiten mit Spannung erwartet wird der Verprobungsbericht an die Finanzminister. Dieser dürfte so oder so eine breite öffentliche Debatte auslösen. Ein fairer und ergebnisoffener Vergleich aller Grundsteuermodelle, inklusive der im Aufruf geforderten Bodenwertmodelle, so die Organisatoren, setzt eine Verprobung mit vergleichbaren Parametern und einer vergleichbaren Untersuchungstiefe und -breite voraus. Es wird zu prüfen sein, ob dies gewährleistet ist oder weiter eingefordert werden muss.

Ulrich Kriesse

Siehe auch Fairconomy März 2013, S. 18f. Der Aufruf braucht weitere Unterstützer! Zum Aufruf und zum Online-Unterstützerformular: www.grundsteuerreform.net

Vom Eigentum zur Nutzung

Eigentum ist höchst ungleich verteilt. Während die einen über unermessliche Vermögen verfügen, haben andere nichts. Ein Zustand, den es zu überwinden gilt, weil er politisch und gesellschaftlich unhaltbar ist.

Kürzlich hatte ich als Präsident der NWO-Stiftung Belcampo einen Termin auf einem Zürcher Notariat. Mit dabei waren die Sekretärin unserer Stiftung, ein Notariatsangestellter sowie ein 68-jähriger Zürcher Oberländer. Es ging darum, einen Baurechts- und einen Kaufvertrag zu unterschreiben. Der pensionierte Mann, ein langjähriger Sympathisant bodenreformerischer Ideen, hat unserer Stiftung das 300 Quadratmeter kleine Grundstück seines Elternhauses zu einem symbolischen Preis verkauft. Dies mit der Auflage, mit dem Boden künftig nicht zu spekulieren. Die Stiftung darf das Grundstück also nicht mehr verkaufen, sondern zu einer moderaten Nutzungsgebühr den Bewohnern des alten Hauses langfristig zur Verfügung stellen. Der Verkäufer hat sich die lebenslange unentgeltliche Nutzniessung des Bodens ausbedungen, nach seinem Tod geht die Nutzungsgebühr dann an unsere Stiftung. Das ist in den Verträgen so festgehalten. Der Mann hat sich mit seinem Schritt von der Vorstellung gelöst, als Hauseigentümer müsse er auch Eigentümer des Bodens sein, auf dem er lebt. Er bescheidet sich künftig mit der Nutzung. Das rechtliche Eigentum und den wirtschaftlichen Vorteil überlässt er künftig der Stiftung, welche diese Stellung quasi stellvertretend für die Allgemeinheit einnimmt.

Zweites Erlebnis. Aus einer anderen Gemeinde erreichte uns nur Tage später eine E-Mail. Ein uns unbekannter Mann schrieb, er möchte ein Doppel Einfamilienhaus bauen: »Da ich weiss, dass der Boden nicht Privateigentum sein sollte, frage ich Sie an: Haben Sie Interesse, ein Grundstück von 700 m² oder evtl. nur 350 m² zu kaufen, das ich dann im Baurecht bebaue?«

Ähnliches wie in diesen beiden Beispielen ist unserer Stiftung in den letzten 25 Jahren schon ein paarmal passiert: Menschen erkennen, dass ihnen das langfristige Nutzen



Anders als in der Schweiz, ist im deutschen Grundgesetz von einer sozialen Verpflichtung des Eigentums die Rede. Wenn das ernst gemeint ist, müsste sich manches ändern.

»Es gibt Menschen, die widersetzen sich dem politischen Trend der letzten Jahrzehnte nach Privatisierung von allem und jedem.«

des Bodens genügt und das Eigentum daran eigentlich nicht zusteht. Und sie entprivatisieren ihren Boden gewissermassen. Sie handeln damit doppelt bemerkenswert: Sie widersetzen sich dem politischen Trend der letzten Jahrzehnte nach Privatisierung von allem und jedem. Und sie stellen – wenn auch nur in ihrem privaten, kleinen Rahmen – die herrschende Eigentumsordnung infrage.

Tabuthema Eigentum

Dabei ist eben diese Eigentumsordnung das grosse Tabuthema in der Politik. »Das Eigentum ist gewährleistet«, heisst es seit 1968 im ersten Satz von Art. 26 in der schweizerischen Bundesverfassung. Und weiter: »Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden voll entschädigt.«

Die Folgen dieses simplen Eigentumsartikels ohne Sozialverpflichtung kennen wir. Sie hat zu einer gewaltigen Verschiebung in Monopoly-Art geführt. Eine kleine, oligarchisch organisierte Schicht von Superreichen häuft Reichtümer an, die sich dann – welche gute Einrichtung des Zinseszinsystems – von selbst vermehren. Und auf der anderen Seite der Skala stehen die Leute ohne Vermö-

gen, die Niedriglohnempfänger oder die Arbeitslosen. Sie werden – obwohl in den allermeisten Fällen Opfer des Systems – als Sozialschmarotzer denunziert und nach Kräften schikaniert.

Dasselbe Phänomen wie beim Eigentum zeigt sich bei den Einkommen. Früher verdiente der Chef eines Unternehmens vielleicht das 3-, 4- oder 5fache seines Búezers. Heute aber sind Verhältnisse von 1:10 normal und von 1:100 nicht unmöglich. Jüngst fand sich in einem Schweizer Wochenmagazin das Beispiel eines

ob sie zur Lohnspanne in einem Betrieb konsultiert worden wären.

Warum aber sollten wir das Ende des schrankenlosen Eigentums und unermesslicher Lohnunterschiede einläuten? Ich sehe zwei Hauptgründe.

Demokratie braucht Gerechtigkeit

Erstens ist es absolut nicht einsichtig, dass sich in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ein wichtiger Lebensbereich dieser demokratischen Kontrolle fast gänzlich entzieht.

»Diese Menschen stellen – wenn auch nur in ihrem privaten, kleinen Rahmen – die herrschende Eigentumsordnung infrage.«

Hedgefondsmanagers, der einen Jahreslohn von 2,2 Milliarden Franken bezog – ungefähr das Hundertfache des letzten Salärs von Daniel Vasella bei Novartis.

Aber solche Zahlen seien, liest man in unseren Zeitungen landauf, landab, überhaupt nicht schlimm. Das seien vielmehr Verhältnisse, welche der »Markt« regeln müsse und bestens regle, allenfalls könnten auch die Sozialpartner dazu Vereinbarungen treffen, doch niemals der »Staat«. Doch wer ist eigentlich dieser böse Staat? Er besteht in der direkten Demokratie nach Schweizer Art aus den Bürgerinnen und Bürgern, die in wichtigen Dingen das letzte Wort haben sollten. Dem stimmen zwar auch die Prediger des ungezügelter Marktes grundsätzlich zu. Sie nehmen die wirtschaftlichen Dinge aber davon aus. Dabei dominieren Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit unsere politische Agenda je länger desto stärker. Aber offenbar ist die Wirtschaft zu wichtig für ein paar zentrale demokratische Leitplanken.

Ob er der 1:12-Initiative, der politischen Forderung, in einem Unternehmen dürfte der höchste Lohn höchstens das Zwölfwache des tiefsten betragen, auch etwas Positives abgewinnen könne, wurde der neue Direktor für Arbeit des Bundes in einem Zeitungsinterview gefragt. Seine Antwort: »Beim besten Willen nicht. Mit der 1:12-Initiative werden vorwiegend die Empörung und eine unschweizerische Neidkultur bewirtschaftet.« So einfach ist das also. Die einfältige Argumentation der Gegner der Lohnmasseninitiative liesse sich an vielen weiteren Beispielen aufzeigen. So beklagte sich ein Berner Unternehmer am Fernsehen bitterlich über die Gewerkschaften. Er verstehe nicht, dass sie die schädliche 1:12-Initiative unterstützten. Wo man doch mit der Sozialpartnerschaft so gute Erfahrungen gemacht habe. – Als ob die Gewerkschaften je etwas zu sagen gehabt hätten bei der Festsetzung der Spitzenlöhne oder

Die Abstimmungsdemokratie, eine Genossenschaft, die Vereine – sie alle funktionieren nach dem System »ein Mensch, eine Stimme«. Jedes Mitglied bringt sich – ungeachtet seines Standes – gleichberechtigt ein und bestimmt so den Kurs mit.

Nicht so in der Wirtschaft: Zwar wird da oft die Aktionärsdemokratie beschworen. Doch kann da von Demokratie keine Rede sein: Pro Aktie eine Stimme, heisst dort das oligarchische Prinzip. Die Herrschaft von wenigen vorwiegend zum eigenen Vorteil ist das alles beherrschende System. Ein Betrieb mit Tausenden von Mitarbeitern kann heute ei-

nem Einzelnen gehören, ihr Wohl und Wehe von einem mächtigen Boss geleitet und von dessen Launen abhängig sein. Zusammen mit der eingangs geschilderten ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ergibt das ein faktisches Machtgefälle, welches die Demokratie untergräbt. Wenn die einen über so viel mehr Geld und Macht verfügen als die anderen, ist die Gefahr gross, dass die Kleinen überrollt, vereinnahmt oder gekauft werden. Die Demokratie ist in höchster Gefahr. Eine Gesellschaft, die Gerechtigkeit für sich in Anspruch nimmt, braucht Grundregeln auch für die Verteilung wirtschaftlicher Güter. Solche Regeln haben nichts mit Neidkultur zu tun. Auch wenn sie bei den aktuellen Schweizer Abstimmungen (Abzocker-, 1:12-, Mindestlohn-Initiative) ständig ins Feld geführt wurde und wird. Man kann im Detail gegen jedes dieser Begehren Einwände anführen. Aber ein grosses Verdienst haben sie gemeinsam. Sie packen das Übel an zentraler Stelle an, bei der Erstverteilung der wirtschaftlichen Güter. Es geht bei allen dreien für einmal nicht darum, eine (nachträgliche) Umverteilungsmechanik zur Reparatur wirtschaftlicher Schäden im Sozialgefüge in Gang zu setzen. Wenn wir mit einer demokratisch verfassten Wirtschaftsordnung dafür sorgen, dass die Güter (national und weltweit) einigermaßen gerecht verteilt werden, fallen auch ganze Bereiche staatlichen Wirkens dahin. Nicht die Menge der gemeinschaftlichen Regeln ist wichtig und entscheidend, sondern deren Qualität. Wenige zentrale Fragen müs-



Privatisierung stoppen! – Die Hamburger haben sich beim kommunalen Volksentscheid am 22. September erfolgreich für die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze ausgesprochen.

»Ein Mensch, eine Stimme. – Nicht so in der Wirtschaft. Zwar wird da oft die Aktionärsdemokratie beschworen. Doch kann da von Demokratie keine Rede sein: Pro Aktie eine Stimme, heisst dort das oligarchische Prinzip.«

sen geregelt werden, dann erübrigen sich tausend staatliche Detailinterventionen. Echte Demokratie hat wirtschaftliche Gerechtigkeit zur Voraussetzung.

Wirtschaften mit endlichen Ressourcen

Der zweite Punkt der Forderung nach einer neuen Eigentumsordnung: Schrankenloses

Nutzung der Ressourcen sind starke Beweise dafür. Die periodischen Konjunkturerinbrüche als Folge des kollabierenden Finanzsystems sind es ebenso.

Eigentlich braucht es keiner besonderen mathematischen Begabung, um einzusehen, dass ein System des Immer-schneller-immer-mehr langfristig in die Sackgasse führt. Und doch wissen Politiker auf dem ganzen Plane-

Bereich Spekulation mit einer Unzahl von virtuellen »Produkten«. Die Fachleute durchschauen sie kaum, und die Konsumenten oder Kleinanleger verstehen sie überhaupt nicht. Die internationalen Regelungsinstitutionen rennen diesen Scharlatanerien dauernd hinterher, wie die Feuerwehr dem Brand.

Auch in diesem Bereich ist die Forderung klar: Die Menschen müssen – besser heute als erst in Jahrzehnten – sich auf die Suche nach einer Gleichgewichtswirtschaft mit langfristigen Perspektiven machen. Die herrschende Masslosigkeit im Grossen führt die Masslosigkeit in den Erwartungen des kleinen Mannes mit sich im Gepäck. Er glaubt, auch sein sauer verdientes Geld müsse »arbeiten«.

Ein hilfloser Ausfluss solcher Hoffnung ist der Run zu Lotterien aller Art: Auch sie vermitteln den Eindruck, man könne ohne Schaden für andere reich und sorgenfrei werden. Ein Trugschluss oft nicht nur im einen, sondern gleich im doppelten Sinn.

Mein Zwischenfazit:

- Unser Planet braucht Bewohner, die sich seiner Endlichkeit bewusst sind.
- Eine demokratisch verfasste Gesellschaft verlangt eine Wirtschaft mit minimalen Gerechtigkeitsstandards.

Gerechtigkeit im Wirtschaftlichen muss von unten kommen

Doch wie stehen die Chancen, dass sich eine Entwicklung in der skizzierten Richtung anstossen lässt? In der offiziellen Politik und in der Wirtschaftselite stehen die Chancen schlecht. Alltagspolitik und Feilschen um eigene Vorteile dominieren das Geschäft. Utopien sind nicht gefragt, Grundsätzliches wird kaum oder nur widerwillig diskutiert. Das zeigt sich bei den Volksbegehren gegen Abzocker, für eine Lohnspanne von maximal 1:12, für einen Mindestlohn oder eine nationale Erbschaftssteuer, die bisher sehr oberflächlich geführt wird. Grundsätzliche Fragestellungen sind nicht erwünscht.

In einer TV-Diskussionssendung von SRF 1 ging es vor ein paar Wochen um die grosse Schere zwischen Arm und Reich, unter anderem um exorbitante Managerlöhne. Der landesweit bekannte Unternehmensberater Klaus J. Stöhlker meinte unverhohlen und direkt: »Was die Putzfrau zur Höhe von Managerlöhnen denkt, ist unerheblich.«

Weil die Elite keine Diskussion wünscht, muss – wenn etwas geschehen soll – Bewegung von unten und von aussen kommen. Als ich vor einem Jahr an einer Tagung in Deutschland unsere Bodenrechtsstiftung vorstellte



Der bundesweite Volksentscheid muss in Deutschland erst kommen. In der Schweiz können Bürger bereits über so Grundsätzliches wie Managergehälter, Lohnschere, Mindestlohn oder Erbschaftssteuer abstimmen.

Eigentum geht von der Prämisse schrankenlosen Wirtschaftens aus. Der Kapitalismus gründet auf der exponentiellen Kurve. Das System funktioniert nur bei konstanten oder steigenden Wachstumsraten. Konstante Wachstumsraten bedeuten aber nicht lineare, sondern exponentielle Kurven. Und exponentielle Wachstumskurven führen langfristig zum Zusammenbruch eines Systems. Ein Planet mit endlichen Ressourcen kollabiert unter einer solchen Fuchtel. Die aktuelle Klimaentwicklung und die masslose Über-

ten nichts anderes, als sich diesen scheinbaren wirtschaftlichen Urgesetzen unaufhaltsam zu beugen. Sie stöhnen und jammern unter den Zwängen, denen sie in ihren Entscheidungen ausgesetzt seien. Für ein Denken an Alternativen und in Alternativen bleibt ihnen da keine Zeit.

Die Schrankenlosigkeit, die an sich hinter dem Kapitalismus steckt, treibt ja mittlerweile absonderliche Blüten. Nur noch ein Bruchteil der weltweit umherjagenden Finanzströme dient der Realwirtschaft, alles andere gehört in den



Je egalitärer eine Gesellschaft funktioniert, desto gesünder und zufriedener sind die Menschen, haben Wilkinson & Pickett herausgefunden.

drängenden Fragen an und machen nach ihren Erkenntnissen Vorschläge. Wie lässt sich mehr Gerechtigkeit in die Verteilung wirtschaftlicher Güter bringen? Und wie kann man dem wahnwitzigen Streben nach mehr, mehr, mehr ein Ende bereiten? Ein paar Beispiele von Ansätzen (siehe nächste Seite). Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, Initiativen und Organisationen, die sich zu einer nachhaltigen Zukunft von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ernsthafte Gedanken machen. Mangelhaft ist bisher die öffentliche Wahrnehmung. In den grossen Medien herrscht der politische Alltag vor: Die Bewegung eines Indexes an der Wallstreet um ein paar Zehntelprozente von Tag zu Tag erhält mehr Aufmerksamkeit als eine Forschungsarbeit, die neue Perspektiven für die wirtschaftliche und soziale Zukunft eröffnet.

Es ist wichtig, dass Exponentinnen und Ex-

gend Menschen eine andere Welt überhaupt vorstellen können, haben Schritte auf sie zu eine Chance.

- Der Kapitalismus ist das System einer Sucht, die Sucht heisst Masslosigkeit. Ihr sind alle Teilnehmer und Nichtteilnehmer des Systems unterworfen.
- Wir leben auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen. Unser Verhalten muss diesem Umstand Rechnung tragen und ein natürliches Gleichgewicht suchen, statt die Plünderung bis zum Kollaps zu treiben.
- Die wirtschaftlichen Leistungen auf unserem Planeten sind das Gesamtwerk von Milliarden Erdenbewohnern. Bei der Verteilung der Erträge sind elementare Gebote der Vernunft und der Gerechtigkeit zu beachten.
- Wirtschaftliches Treiben braucht demokratische Kontrolle. Die Gemeinschaft setzt der Einkommens- und Vermögensverteilung durch Regeln einen Rahmen.
- Geld arbeitet nicht. Es sind immer einzelne Menschen, die Leistungen der Gesellschaft oder Opfer der Natur, welche eine Ausweitung des Reichtums bewirken.
- Ein Unternehmen mit Tausenden von Mitarbeitenden ist nie das Werk eines Einzelnen, sondern aller Beteiligten. Diese Tatsache soll ein neues Eigentumsrecht berücksichtigen.
- Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Selbstzweck. Die Wirtschaft dient dazu, berechnete Bedürfnisse der Erdenbewohner zu befriedigen. Gewinn um des Gewinns willen ist weder nötig noch sinnvoll.
- Eine neue Eigentumsordnung sucht vernünftige Abgrenzungen zwischen Gemeingütern und privatem Eigentum.

Zum Schluss, als Mutmacher aus dem Munde Martin Luther Kings, eines grossen, tragischen Kämpfers für eine bessere Welt: »Der Bogen des moralischen Universums ist lang, aber er neigt sich zur Gerechtigkeit.«

»Wenige zentrale Fragen müssen geregelt werden, dann erübrigen sich tausend staatliche Detailinterventionen. Echte Demokratie hat wirtschaftliche Gerechtigkeit zur Voraussetzung.«

ren: »Was, ihr in der Schweiz könnt als Bürger über so Grundsätzliches wie Managergehälter, Lohnschere, Mindestlohn oder Erbschaftssteuer abstimmen?« Das sei ja grossartig, fanden viele. Stimmt eigentlich. Manchmal ist uns selber zu wenig bewusst, was bei uns mit Mehrheiten alles möglich wäre. Tatsächlich zeigen die aktuellen Volksbegehren, dass heute auch wieder Grundsätzliches aufs Tapet kommt. Wichtig ist es dabei, sich als Bürger in die Diskussionen einzumischen und diese nicht einfach den Plattitüden von Politikern und den Horrorszenerarien der Wirtschaftsbosse zu überlassen.

Die Aktivität von Bürgergruppen und Initiativkomitees ist das eine. Daneben gibt es eine unermüdliche Arbeit von Forschern und unabhängigen Köpfen ausserhalb der offiziellen Kanäle. Sie nehmen sich der zentralen

ponenten der verschiedenen Ansätze sich besser vernetzen und miteinander das Gespräch suchen. Es gibt keine einfachen Generalrezepte und Massnahmen, die man einfach so einführen kann. Vielmehr wird auch in diesem Bereich ein Fortschreiten nach dem Prinzip Versuchen und Irren nötig und realistisch sein. Rezepte können heute richtig sein, in 20 oder 30 Jahren gibt es vielleicht noch bessere.

Die künftigen Wegmarken

Wichtig ist, dass die Richtung stimmt, die man einschlägt. Nachfolgend ein paar mir wichtig erscheinende Wegmarken:

- Eine neue globale Ordnung entsteht nicht durch ein paar einfache Regeln. Am Anfang steht eine Bewusstseinsänderung in immer mehr Köpfen. Erst wenn sich genü-



Heinz Girschweiler

Heinz Girschweiler, JG. 1950, begann als Volksschullehrer und arbeitete dann 30 Jahre lang als Journalist. Heute leitet er das Korrektorat einer Schweizer Tageszeitung. 1984 – 1986 präsidierte er die Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSPS). 1986 war er Mitbegründer der NWO-Stiftung Belcampo, welche sich in Theorie und Praxis mit einem neuen Bodenrecht befasst: www.nwo-belcampo.ch. Im Herbst 2013 war die Stiftung Initiatin des Infonetzwerks Gemeingut Boden, dem bisher ein halbes Dutzend Schweizer Bodenstiftungen angehört. Heinz Girschweiler lebt zusammen mit seiner Frau in der Nähe von Zürich.

Denkansätze zu Wirtschaftsordnung und Eigentum

Beschränkter Eigentumsschutz

Die beiden emeritierten St. Galler Professoren Peter Ulrich und Philipp Mastronardi schlagen einen verfassungsmässigen Schutz nur noch für Eigentum beschränkten Umfangs vor, die Grenze könnte bei 2 Millionen Franken liegen. Sie wollen so die wirtschaftliche Sicherheit der Bürger gewährleisten. Höhere Vermögenswerte gälten nach Mastronardi/Ulrich als Rechte an Kapital. Ihr gesetzlicher Schutz wäre an Auflagen gebunden: Alle am Kapitalbildungsprozess Beteiligten müssten daran teilhaben, das Kapital müsste auf sozial- und umweltgerechte Weise genutzt werden, es dürfte nicht der Verzerrung politischer Prozesse oder zur unsachgemässen Einflussnahme auf amtliche Entscheide dienen. Boden dürfte nur noch Selbstnutzern zum Kauf offenstehen.

Philippe Mastronardi/Peter Ulrich: Eigentum und Freiheit, Tagungsbroschüre vom 28.1.2012

Erhältlich bei der NWO-Stiftung Belcampo.
info@nwo-belcampo.ch

Radikales Gleichheitsprinzip

Der St. Galler Lehrer Peter Sutter fordert in seinem Buch »Zeit für eine andere Welt« die Ablösung des Kapitalismus durch eine neue Ordnung. Sie soll sozial-, global- und zukunftsverträglich sein. Lokale und regionale Selbstversorgung sollen oberstes Primat haben; Luxusbedürfnisse würden erst befriedigt, wenn die weltweite Grundversorgung gesichert ist. Bezüglich Löhnen ist Sutter radikal. Er postuliert die Gleichwertigkeit aller Arbeit. Das Geldwesen soll so ausgestaltet sein, dass das Geld wieder als Tauschmittel dient, ohne als Machtmittel missbraucht werden zu können. Im Übrigen plädiert Sutter für Machtverteilung statt Machtkonzentration: Jeder Punkt der Erdoberfläche ist für den Einzelnen, der dort lebt, die Mitte seiner Welt.

Peter Sutter: Zeit für eine andere Welt – Warum der Kapitalismus keine Zukunft hat. Books on Demand GmbH, Norderstedt 2011

Gleichheit ist Glück

Zwei englische Wissenschaftler – der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Gesundheitsforscherin Kate Pickett – haben den Zusammenhang zwischen Reichtumsverteilung und Gesundheit sowie Zufriedenheit der Völker untersucht. In vielen Studien hat sich dabei ein überraschender gemeinsamer Nenner herauskristallisiert: Je egalitärer eine Gesellschaft funktioniert, desto gesünder und zufriedener sind die Menschen. Und zwar sowohl die Reichen als auch die Armen. Zweite, ebenso überraschende Er-

kenntnis: Das Niveau des Wohlstands spielt bei den Ergebnissen keine signifikante Rolle. Die Befunde waren in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen die gleichen wie in den wohlhabenden Staaten. Wilkinson/Picketts Forderung aus ihren Erkenntnissen: Sich für gerechtere Gesellschaften einzusetzen lohnt sich.

Richard Wilkinson/Kate Pickett: Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Haffmans & Tolkemitt, Berlin (4. Auflage 2012)

Genossenschaften fördern

Hans Kissling, der ehemalige Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, kommt in seiner Schrift »Reichtum ohne Leistung« zum Schluss, die Schweiz feudalisiere sich in den letzten Jahrzehnten. Er schlägt vier Massnahmen zur Umkehrung dieses Trends vor:

1 Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer im Bund zur Abschwächung der Vererbung des Geldadels.

2 Verwendung des Ertrags aus dieser Steuer zur Senkung der Steuern bei kleinen und mittleren Einkommen.

3 Förderung demokratischer Eigentumsformen wie Genossenschaften und gemeinnützige Stiftungen.

4 Investitionen zur Förderung der Chancengleichheit sozial Benachteiligter.

Hans Kissling: Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz. Rüegger Verlag Zürich/Chur 2008, ISBN 978-3-7253-0902-3

Freiheit statt Kapitalismus

Die deutsche Linke Sahra Wagenknecht entwirft in ihrem Buch »Freiheit statt Kapitalismus« die Vision von einer neu organisierten, nachkapitalistischen Wirtschaft. Unternehmen ab einer bestimmten Grösse dürften nicht länger reines Privateigentum sein. Vielmehr wären neben den Eigentümern auch die Mitarbeitenden sowie die öffentliche Hand (Gemeinde, Stadt) in die Leitung und die Gewinnverteilung einzubeziehen.

Sahra Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus, Verlag Eichhorn, Frankfurt am Main, 2011, ISBN 978-3-8218-6546-1

Ressourcen in die öffentliche Hand

Die INWO und die NWO-Stiftung Belcampo fordern die Rückgabe der natürlichen Ressourcen in die Hand der Öffentlichkeit. Der Rückkauf des Bodens durch die Gemeinden würde langfristig Milliarden an privaten Spekulationsgeldern den öffentlichen Haushalten zuführen und so die Vermögensschere lindern helfen.

Analog dazu schlagen INWO und MoMo Reformen der Geldordnung vor, welche den Charakter des Geldes als Tauschmittel stärken

und dessen spekulativen Missbrauch verhindern sollen.

Eigentum und Freiheit (Bezug s. oben)



Eine Nutzungsgebühr an die Allgemeinheit, statt Pacht an den privaten Bodeneigentümer – das würde die Zukunft aller Kinder verbessern.

Mindestlohn

Die Initiative der Schweizer Gewerkschaften für einen Mindestlohn von 4000 Franken würde bei Annahme das Anheben der untersten Lohnkategorien bringen.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine eben eingereichte Volksinitiative fordert ein Grundeinkommen für alle. Die Rede ist von 2500 Franken für Erwachsene sowie 625 Franken pro Kind. Zu bezahlen wäre es aus den Töpfen unserer diversen Sozialwerke sowie allenfalls durch zusätzliche Mehrwertsteuerprozente.

Modernisierter Kapitalismus

SRF-Generaldirektor Roger de Weck schreibt in seiner Streitschrift »Nach der Krise« von einem Kapitalismus in Nöten. Der Markt sei zum Selbstzweck geworden und brauche einen starken Rahmen. Er fordert mehr Kooperation statt Konkurrenz, politische Weitsicht und Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Interessen zwischen Nord und Süd. Die Staatengemeinschaft müsse lebensnotwendige Ressourcen mit einem Preis versehen. Schliesslich fordert er eine Weltwirtschafts- und -währungspolitik.

Roger de Weck: Nach der Krise – Gibt es einen andern Kapitalismus?

Nagel & Kimche im Verlag Hanser, Zürich 2009 ISBN 978-3-312-00454-6

Interview mit Gerhard Senft

Das von Ihnen aktuell herausgegebene Buch trägt den Titel »Land und Freiheit«. Ist Freiheit für alle nur möglich, wenn jeder Mensch Zugang zu Land hat?

Formuliert man die Frage umgekehrt, ist die Sachlage recht eindeutig: Einschränkungen des Zugangs zu Grund und Boden engen die Handlungsspielräume von Menschen und damit auch ihre Freiheit ein, da jeder Mensch vielfach auf den primären Faktor angewiesen ist. Schließlich hat jeder Mensch seine Wohnbedürfnisse, er benötigt gegebenenfalls Platz für seine Arbeitsstätte, er ist auf die Produktion von Nahrungsmitteln sowie auf Trinkwasser und Rohstoffe angewiesen. Besonders deutlich wird es bei der Frage der Seegrundstücke: Großangelegte Zugangsbeschränkungen durch Privatisierung würden den Großteil der Bevölkerung von Badefreuden ausschließen.

In der Gesellschaft ist aber nur ein erstaunlich geringes Bewusstsein darüber vorhanden, welche zentrale Rolle Grund und Boden eigentlich einnimmt, betrifft die Bodenfrage doch Ernährung, Städtebau, Raumordnung, Siedlungsentwicklung, Wohnraumbeschaffung, Infrastrukturplanung, Verkehrspolitik, Standortwahl des Produktionssektors, die Erschließung nicht-stationärer Ressourcen und Bodenschätze sowie auch den Landschaftsschutz.

Ab welcher Zeit kann Privateigentum an Boden kulturgeschichtlich nachgewiesen werden? Zunächst handelte es sich nur um Kleinbauern, die ein Stück Land ihr Eigentum nannten?

Sich über weiter zurückliegende Zeiträume zu äußern ist schwierig, da wir in dieser Hinsicht zu sehr auf Hypothesen angewiesen sind. Doch es kann gesagt werden, dass bereits die hellenische Antike ein auf freiem Eigentum und Erbrecht basierendes Kleinbauerntum kannte.

Diese Struktur erwies sich jedoch alles andere als robust und konnte auch rasch von der Bildfläche verschwinden, sobald sich aris-

»In der Gesellschaft ist nur ein erstaunlich geringes Bewusstsein darüber vorhanden, welche zentrale Rolle Grund und Boden eigentlich einnimmt.«

tokratische Schichten und/oder Großgrundbesitz herauszubilden begannen.

Wie entstand Großgrundbesitz?

Großgrundbesitz kennen wir auch schon aus dem Altertum. In Griechenland geriet die auf

Kleineigentum basierende Landwirtschaft im 7. Jahrhundert v.u.Z. bedingt durch Ernteauffälle und veränderte Außenhandelsbedingungen in Bedrängnis, sodass es häufig zur Verpfändung von Gütern kam. Die entstehende Schuldknechtschaft förderte die Herausbildung von Großgrundbesitzstrukturen. In der Folge wurde damit auch der Frondienst für das Bauerntum zunehmend ausgeweitet. Im Römischen Reich waren Sklaven, die durch Feldzüge erbeutet worden waren, die Ursache für die Enteignung der Kleinbauern, die teurer produzierten. Die Großgrundbesitzer waren derart mächtig, dass ihre Verfügungsrechte über die Latifundien nicht eingeschränkt oder die Landlosen mit Boden versorgt werden konnten.

Militärische Macht war also auch mit im Spiel.

Das war in der Neuzeit nicht anders, in der auch die militärische Eroberung von Gebieten eine Rolle bei der Durchsetzung des Großgrundbesitzes gespielt hat. Denken wir nur an den indischen Subkontinent, wo erst durch die europäische Kolonialisierung Großgrundbesitzstrukturen installiert wurden.

Seegrundstück – leider nur zum Privatvergnügen





**Gerhard Senft (Hg.):
Land und Freiheit.**

Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne

**198 Seiten, Promedia Verlag und
Verein Kritische Geographie 2013.**

In diesem Band versammelt der Herausgeber die wichtigsten Debatten zu den Nutzungsrechten von Grund und Boden, wie sie vor allem seit dem Ende des 15. Jahrhunderts geführt wurden und bis heute werden. Wie aktuell das Thema ist, zeigt ein Blick nach Afrika, wo mittels »Land Grabbing« in gewisser Weise jene Enteignungen von kollektiven Rechten wiederholt werden, die an der Wende zum 16. Jahrhundert Grund und Boden in Westeuropa privatisierten.

Das Buch ist zum Preis von 15.90 € im INWO-Shop erhältlich: www.INWO.de

Es gab aber doch Aufstände und Reformen ...

Reformerische Ansätze im Bereich der Gesetzgebung, die eine Zurückdrängung der Latifundienwirtschaft zum Ziele hatten, z.B. unter Solon (594 v. u. Z.), waren nur begrenzt wirksam.

Immer wieder kam es zu Unmutskundgebungen der Masse der Unzufriedenen, die nach einer Zerschlagung der Latifundien, nach einer Neuaufteilung des Bodens sowie nach einem Schuldenerlass rief. In Sparta gelang nach einer Reihe von Aufständen um 225 v.u.Z. die Durchsetzung verschiedener Reformen, die neue Verfügungsrechte über die Landgüter implementierten. Diese Reformansätze wurden jedoch nach kriegerischen Ereignissen und der Besetzung des Landes durch mazedonische Truppen wieder rückgängig gemacht. Nur fünf Jahre später bestand wieder eine Bodenverfassung zugunsten einer Aristokratie.

Und nach der Antike?

Nach dem Niedergang des Römischen Reiches und im Gefolge der Völkerwanderungszeit bestimmte rund 1000 Jahre lang bis ins 18. Jahrhundert das Lehnswesen die Bodenverhältnisse. Der König an der Spitze der Hierarchie trat dem adeligen Grundherrn nicht das Land selbst, sondern nur die entsprechenden Verfügungsrechte ab.

Kann man sagen, dass die Privatisierung großer Flächen mit der Geldwirtschaft und in der Folge der Kapitalbildung einherging? Sie deuteten ja schon an, dass Kleinbauern in die Verschuldung getrieben wurden, wohl um sie anschließend zu enteignen.

Die Expansion der Geldwirtschaft und der veränderte Zugang zu Grund und Boden hängen natürlich zusammen. Weniger natürlich vor Beginn der Neuzeit, da der Geldwirtschaft über weite Strecken keine wirklich hegemoniale Rolle zukam. Noch im 15. Jahrhundert lebten in Europa mehr als 90 Prozent der Menschen auf dem Lande und waren größtenteils Selbstversorger – wer benötigt da schon viel Geld? Mit der Ausweitung der Handelsbeziehungen, mit der Schöpfung neuer Reichtümer und mit den Anfängen der Kapitalakkumulation waren jedoch erhebliche Umbrüche verbunden. Die Nachfrage nach gewerblichen und landwirtschaftlichen Produkten sowie nach Rohstoffen stieg an, die Aristokratie versuchte am veränderten Wirtschaftsgeschehen teilzuhaben und verschärfte die Ausbeutung der Bauern. Mit dem Einziehen von Allmende Flächen wurden die ökonomischen Spielräume der Bauernschaft eingeengt, mit der Privatisierung durch die Einhegungsbewegung kam es schließlich auch zu großangelegten Vertreibungsaktionen im ländlichen Bereich.

Aber Bauernaufstände hatten in der Vergangenheit immer auch mit Zinsknechtschaft zu tun?

Dafür gibt es in der Geschichte durchaus Beispiele, wenn man den Begriff der »Zinsknechtschaft« verwenden will. Ich möchte aber behaupten, dass die Ausdehnung der Steuerpflicht der Untertanen in der Übergangsphase vom Mittelalter zur Neuzeit viel mehr als Auslöser für die Bauernrevolten gewirkt hat.

Was ja auf's Gleiche hinausläuft, wenn die Steuern nicht der Allgemeinheit, sondern nur den Reichen und zugute kommen ... Scheint so, als würde sich heute die Geschichte wiederholen. Denn sind wir nicht heute auf dem Weg zu einem Neofeudalismus? Für anlagesuchendes Kapital wird seit einiger Zeit der Boden immer stärker zum Objekt der Begierde – und bisher Ansässige werden abhängig gemacht oder sogar vertrieben.

Ja, Neofeudalismus, das würde ich durchaus so sehen! Allerdings auch in einem übergeordneten Zusammenhang. Wie festzustellen ist, sind wir auf dem Wege von einer Leistungsgesellschaft zu einer Erfolgsgesellschaft. Der zu Reichtum Gelangte kann mit unserer positiven Zuwendung rechnen, unabhängig davon, wie dieser Reichtum zustande gekommen ist. Überspitzt formuliert: Also auch Erbschleicher, Heiratsschwindler oder Glücksspieler können heute, wenn sie erfolgreich sind, mit einem hohen Sozialprestige rechnen. Ein Pseudosportler, der sich aus einem Ballon auf einer Höhe von knapp 40 Kilometern wie ein Kartoffelsack rausfallen lässt, bringt jedoch der Gesellschaft keine Leistung im ursprünglichen Sinne. Dies machen nur jene Menschen, die imstande sind, uns direkt verwertbare Güter und Dienstleistungen anzubieten. Angesprochen ist damit der Sektor der Realwirtschaft! In der Erfolgsgesellschaft hingegen geht es darum, vorhandene Mittel an sich zu bringen – egal wie. Das war aber auch das Hauptkennzeichen des Feudalsystems: Eroberung von Land und Leuten, dem siegreichsten Kriegsherren gehört das meiste.

Das Landgrabbing geschieht oft gerade dort, wo der Rechtsapparat weniger gut entwickelt und das Bodeneigentum nicht urkundlich dokumentiert ist. Dort werden dann die Menschen einfach vertrieben oder ungenügend entschädigt. Hat ein durch ein funktionierendes Rechtssystem abgesichertes Eigentumsrecht nicht auch Vorteile?

»Ja, Neofeudalismus, das würde ich durchaus so sehen! Das Hauptkennzeichen des Feudalsystems war: Eroberung von Land und Leuten, dem siegreichsten Kriegsherren gehört das meiste.«

Natürlich hat ein durch ein funktionierendes Rechtssystem abgesichertes Eigentumsrecht gewisse Vorteile. Jedoch nur dann, wenn es gelingt, die zentrale Denkfigur des frühen

Wirtschaftsliberalismus dauerhaft zu verwirklichen. Konkret ist da vorausgesetzt: eine Struktur vieler Kleineigentümer, die eine Dispersion wirtschaftlicher Macht garantiert und die insbesondere eine Monopolbildung ausschließt. Die historische Erfahrung zeigt je-

»Insgesamt ist das Thema Boden doch zu wichtig, um es alleine dem Abgabewesen zu überlassen.«

doch, dass das bürgerliche Rechtssystem gerade in diesem Punkt viele Unzulänglichkeiten aufweist. In England wurden im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts an die 14.000 Gesetzesregelungen zum Thema Grund und Boden verabschiedet – rund eine Verfünfachung, verglichen mit zweihundert Jahren zuvor –, die aber speziell die Interessen der Gentry, der wohlhabenden Landbevölkerung bedienten. Während die großen Grundeigentümer also auf dem Wege der Gesetzgebung ihren Besitzstand erweitern konnten, waren die Kleinbauernfamilien gezwungen, entweder auszuwandern oder sich der wachsenden industriellen Reservearmee im urbanen Raum anzuschließen.

Immerhin haben die Briten aber heute mit 70 % mehr Wohneigentum als wir, während hierzulande viele noch von den eigenen vier Wänden träumen. Österreich, Deutschland und die Schweiz sind, was Wohneigentum angeht, Schlusslichter in Europa. Haben wir da nicht was aufzuholen?

Die Bildung von Eigentum zu fördern mag im Einzelfall durchaus Sinn machen. Aber man sollte daraus keine Ideologie ableiten. Ich habe mich ausführlich dazu im Kommentar zur Neuauflage von Pierre-Joseph Proudhons »Theorie der Eigentums« geäußert, die im Übrigen eine sehr differenzierte Kritik des Eigentums darstellt. Pointiert würde ich so formulieren: Wenn in den USA in der Ära Clinton mehr der soziale Wohnungsbau und weniger das Wohnkleineigentum in Verbindung mit einer Expansion der Kreditwirtschaft –

und alles was sich dann noch daran knüpfte: Immobilienspekulation, giftige Wertpapiere – gefördert worden wäre, dann wäre der Weltwirtschaft die große Krise 2007 ff erspart geblieben.

So oder so wurde auch unter Clinton die Geldmenge aufgebläht, zulasten der arbeitenden Menschen. Doch bleiben wir beim Thema Boden: Wie können wir hier für mehr Gerechtigkeit sorgen? Wie können wir heute den Menschen einen besseren Zugang zu Land verschaffen?

Zunächst sollte der Aspekt der Spekulationstätigkeit im Auge behalten werden. Sinnvoll kann unter den gegebenen Bedingungen sein, Grundsteuern so anzuheben, dass es sich z. B. nicht mehr rentiert, Grundstücke brach liegen zu lassen und auf infrastrukturelle Anbindungen und Wertsteigerungen zu warten. Es ist doch auffällig der Unterschied zwischen Europa, mit seinem feudalen Erbe, und den Vereinigten Staaten, in denen eine Hortung von Realitäten durch Eigentümer nahezu verunmöglicht ist. Zuzurechnen ist dieser Umstand den in den USA traditionell hohen Grundabgaben. Ein brachliegendes Baugrundstück erfordert jedes Jahr so viel steuerlichen Aufwand, dass es sein Eigentümer entweder verkauft oder rasch einer sinnvollen Verwendung zuführt. Die Steuerpolitik in den Vereinigten Staaten folgt in diesem Punkt einem durchaus rationalen Gedankengang: Durch bloßen Zeitablauf entstehende Wertzuwächse bringen einer Personengruppe etwas, die sich auf vergangenen Lorbeeren ausruhen möchte, der Volkswirtschaft als gesamtes bringen sie wenig bis nichts.

Was halten Sie von unserem Vorschlag, die Bodenrente und andere ökonomische Renten aus Land im weiteren Sinn steuerlich abzuschöpfen und pro Kopf in gleichen Teilen an die Bevölkerung auszu zahlen – also eine Art Grundeinkommen, finanziert aus Boden- und Ressourcensteuern, einzuführen?

Davon halte ich grundsätzlich sehr viel! Diese Idee hatte Thomas Paine schon im 18. Jahrhundert ventiliert, in neuerer Zeit ist dieser Vorschlag auch in der von Leopold Kohr angeregten Denkschule erwogen worden. Wir müssen davon ausgehen, dass in der postindustriellen Gesellschaft der Dienstleistungssektor nicht mehr die Zahl an Arbeitsplätzen bieten wird wie das Industriesystem. Ein Vergleich: Daimler Chrysler hatte im Jahr 2000 einen Börsenwert von 57 Milliarden Euro und beschäftigte weltweit rund 468.000 Menschen. Yahoo hatte zeitgleich einen Börsenwert von 79 Milliarden Euro und beschäftigte nur 2.300 Personen. Wir werden uns also in der Zukunft auf jeden Fall neue Formen der Existenzsicherung überlegen müssen.

Und was ist mit der Rückführung des Bodens in Gemeineigentum? In Deutschland gibt es ein gesetzliches Vorkaufsrecht der Städte und Gemeinden, wenn Grundstücke veräußert werden. Davon sollte eigentlich viel mehr Gebrauch gemacht werden, oder?

Ja, das meine ich auch! In dieser Hinsicht lohnt sich auch der Blick in die Niederlande oder in die nordeuropäischen Länder.

Sie sind also eher für eine Vergemeinschaftung des Bodens als für eine Abschöpfung der Bodenrente über Steuern?

Ich kann beiden Vorschlägen etwas abgewinnen, doch ich bin eher für die Lösung, die der öffentlichen Hand und damit der Gesellschaft mehr Spielraum verschafft. Wie meinte Heinz von Foerster einmal? – »Handle stets so, dass die Anzahl der Möglichkeiten wächst.« Also in dem Sinne bin ich mehr für eine Vergesellschaftung des Bodens, die natürlich unterschiedliche Gesichter haben kann. Die Kommunalisierung hat doch einen anderen Charakter als etwa die Verstaatlichung. Insgesamt ist das Thema doch zu wichtig, um es alleine dem Abgabewesen zu überlassen.

Das Interview führte Beate Bockting.



Gerhard Senft, geb. 1956, ist Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Mehrjährige Berufstätigkeit als Ingenieur im Industrieanlagenbau, Studium der Volkswirtschaft, seit 1989 Lehrbeauftragter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der sozialen Bewegungen; Faschismusforschung; Zeitfaktor, Arbeitsorganisation und Geldwesen in historischer Dimension.

Spe(c)kulation – Wie wir uns an den Lebensmitteln des Südens gütlich tun

Verschiedene schweizerische Forschungseinrichtungen luden am 16. Oktober, dem Welternährungstag, zu einer Tagung über die Zusammenhänge des Finanzsystems mit der Ernährung der Weltbevölkerung ein. Monica Gassner notierte einige Stichworte zu den Referaten, die hoffentlich die Diskussion über diese lebenswichtigen Fragen weiter vorantreiben.

Spätestens seit der Finanz- und Ernährungskrise 2008 sind Boden, Wasser, Saatgut und Agrarland ins Zentrum des Interesses von Anlegern und Firmen geraten. Wenn alles flüchtig wird, dann ist nur noch das Essen eine garantierte Notwendigkeit und ein sicherer Hafen für Geldanlagen. Die Spekulationen mit Agrarrohstoffen, das Landgrabbing, die Patentierung von Saatgut sowie die Machtkonzentrationen entlang der Wertschöpfungsketten sind die dunklen Seiten dieser Medaille. Das »Menschenrecht auf Nahrung« ist bedroht. Mit unserem Konsum, unseren Geldanlagen, auch indirekt über unsere Pensionskassengelder, sind wir daran beteiligt.

Es braucht eine Diskussion rund um die komplexen Zusammenhänge zwischen Geld und Essen, zwischen Geldanlagen, Altersvorsorge und den sozialen und ökologischen Folgen. Das Institut für Geistes- und Naturwissenschaften (IGN) der Hochschule für Technik an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), der Schweizerische Bauernverband (SBV), die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) der Berner Fachhochschule, die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und die Fachstelle Religion Campus Brugg-Windisch der Aargauer Landeskirchen leisteten hierzu mit ihrer Tagung am Welternährungstag einen ausgezeichneten Beitrag.

Die Einführung

übernahm Thomas Gröbly, ehemals Landwirt, Dozent für Ethik und Nachhaltigkeit an der Hochschule für Technik der FHNW und an der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL der Berner Fachhochschule.

Gröbly hat Pensionskassen und Banken gefragt, wo sie ihr Geld investieren. Antworten:

- Bin zu wenig kompetent
- Wir wollen keine Öffentlichkeit

- Schroffe Abweisung
Es scheint viel Verunsicherung und Nervosität zu herrschen.

Zur Zeit haben 2 % der Reichsten mehr Geld als 50 % aller Menschen und 1 % besitzen 43 % des Vermögens.

Das Geld und seine heutige Bedeutung in der globalen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Vortrag von Markus Mugglin, Journalist und Ökonom mit Spezialgebiet globale Wirtschaftsfragen. Er war während 25 Jahren bei Radio SRF, zuletzt Redaktionsleiter »Echo der Zeit«, vorher u.a. Korrespondent für UNO- und globale Wirtschaftsfragen und in den 90er-Jahren EU-Korrespondent in Brüssel.

Wenn etwas knapp ist, kommen die Investoren. Bezüglich Investitionen in Land versucht die globale unabhängige Land-Monitoring-Initiative »The Land Matrix« Transparenz herzustellen. Ihre Website ist ein globales Observatorium – ein offenes Werkzeug zur Sammlung und Visualisierung von Informationen über Landnahmen im großen Stil: <http://www.landmatrix.org/>

Seit den 90er-Jahren gibt es für Spekulationen neue Regeln. Heute ist übermäßig viel Geld zum »Spielen« da. Agrartreibstoffe, Landgrabbing, Nahrungsspekulationen bieten sich an für diese »Spiele«.

Die Schweiz ist Handels-Drehscheibe für 60% des Kaffees, 50% des Zuckers und 1/3 des Getreides.

Was tun? Regulieren, verbieten oder den Märkten vertrauen? Nicht vergessen: Was passiert mit den 2,6 Milliarden Kleinbauern?

Der Liberalismus und die Logik des Finanzsektors

Vortrag von Prof. Dr. Marc Chesney, Professor für Finance und Vize-Direktor des Instituts für Banking und Finance an der Uni-

versität Zürich und Mitglied von Finance Watch. Er war auch Research Fellow am »Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik« (Collegium Helveticum) bis Ende 2011. Er ist Autor verschiedener Artikel im Bereich der Gefahren, die mit der Grösse und Komplexität der Finanzsphäre verbunden sind.

Sind Spekulanten naiv oder zynisch?

40% der Weltbevölkerung leben mit weniger als 2 Dollar am Tag. Viele der ärmsten Haushalte brauchen 50 – 90% ihres Einkommens für Essen.

Traditionelle Spekulation: Produzent und Konsument sind beteiligt = die Ware wird von beiden »begutachtet«. Das ist der Spot-Markt.

Neue Spekulation: Es sind keine Produzenten und Konsumenten mehr beteiligt. Die Ware ist nicht vorhanden. Ein Spekulant sieht nie ein Weizenkorn – das ist gefährlich. Physisch geliefert werden nur noch rund 2% der Spekulationsware und der Rest wird am Bildschirm direkt in das eigene Portemonnaie gewirtschaftet. Das ist der Futures-Markt.

Es herrscht eine Casino-Ökonomie. Die Grossbanken spielen mit dem Geld der Steuerzahler. Die Rechnung wird von der Gesellschaft bezahlt.

Wenn eine Bank Verluste macht, kann sie trotzdem noch Boni auszahlen – jedoch keine Dividenden mehr. Boni sind moralisch und ökonomisch ein Unsinn.

Neuerdings gibt es eine »Versicherung« gegen Zahlungsunfähigkeit, die CDS (Credit Default Swap). Es entstehen »Wetten« auf den Bankrott von Unternehmen. Die Bank zahlt einem Unternehmen 3 Mio. Kredit aus. Die Bank macht ein CDS über 7 Mio. Wenn das Unternehmen Bankrott geht, kassiert die Bank 7 Mio (nicht nur 3 Mio!), macht also 4 Mio Gewinn. Das ist, als ob jemand eine Autoversicherung abschliesst, aber kein eigenes

Auto hat. Grossbanken spielen mit Produkten
... subventioniert von uns!

Handel, Spekulation und Nahrungsmittelpreise: Welche Zusammenhänge bestehen?

Vortrag von Dr. Philipp C. Bauer, Projektleiter in den Bereichen Allgemeine Wirtschaftspolitik und Aussenwirtschaft bei *economiesuisse*.

Der Anteil Weizenkontrakte zu Spekulationszwecken stieg von rund 20% in den 90er-Jahren auf 80% heute.

Index-Fonds: Im Jahr 2003 investierten sie 20 Milliarden, heute 320 Milliarden.

Heute sind die Bauern nicht mehr am Gewinn ihrer Produkte beteiligt, sondern die Investoren.

Auswirkungen der Nahrungsmittelspekulation im Süden: »Wenn Essen unbezahlbar wird«

Vortrag von Yvan Maillard Ardenti, der an der ETH Zürich Umweltwissenschaften mit Schwerpunkt Unternehmensführung und Entwicklungszusammenarbeit studiert hat. Er ist Programmverantwortlicher im Team Entwicklungspolitik bei Brot für alle, dem Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirchen der Schweiz.

44 Millionen Menschen wurden in die Armut getrieben; Landlose, Slum-Bewohner, Farmarbeiter. In Haiti werden die Fladenbrote zum Teil aus Lehm, Salz und Pflanzenfett zubereitet. Die Menschen haben kein Geld für richtiges Essen.

Schweizer Banken halten Derivate in Höhe von 3,6 Milliarden auf Nahrungsmittel. Das ist nur die Spitze des Eisberges, denn die Zahlen von Versicherungen und Hedgefonds sind immer noch geheim.

Auf der Website von Brot für alle kann man eine Mail an die Credit Suisse schicken, mit der Bitte, die Nahrungsmittelspekulationen zu beenden: <http://www.stopp-spekulation.ch/>

Massnahmen und Regulierungen als Lösungsansätze

Vortrag von Prof. Dr. Marc Chesney, Uni Zürich und Finance Watch

Wenn ein Artikel in der Zeitung steht, immer schauen, wer ihn geschrieben hat. Für wen arbeiten die Autoren?

Homo oeconomicus – er optimiert, um seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Homo financierius – er ist krank, alles ist bei ihm erlaubt, z.B. Wetten auf Bankrott, Wet-

ten auf Tod. Es gibt unglaubliche Entwicklungen, z.B. von kranken Menschen Lebensversicherungen zu kaufen (denn diese brauchen Geld) und dann darauf zu hoffen, dass diese Menschen bald sterben, um dann die Prämie einzukassieren.

Heute herrscht in den Banken Casino-Betrieb. Es wird mit dem Geld der Steuerzahler gespielt. Die Banken sind ja »too big to fail« und müssen im Notfall gerettet werden.

Das Ziel muss sein, die Banken wieder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Verbot von heutigen Nahrungsmittelspekulationen – nur möglich zwischen Produzent und Konsument.

Eine Transaktionssteuer wäre nützlich.

Mehr Infos unter: <http://www.responsiblefinance.ch/>

Können Anleger die Welternährung beeinflussen?

Vortrag von Christian Kobler (lic.oec.HSG), Präsident des Verwaltungsrats, Chief Financial Officer und Gründungspartner von *Forma Futura Invest AG*, einer unabhängigen Vermögensverwaltung für nachhaltige An-

lagen. Er verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung im Bereich Finanzwirtschaft und Technologie. Zuvor war er während über zehn Jahren als Partner der auf die Finanzindustrie spezialisierten Unternehmensberatung bei Bernet & Partner verantwortlich für Beratungsmandate und die Umsetzung komplexer Grossprojekte und Bankfusionen.

Vor 1999 gab es noch keine Hedgefonds.

Spekulation heute: Die persönliche Zuständigkeit wird abgegeben. Die persönliche Haftung fehlt heute.

Spekulationen unter Händlern seien ok. Spekulationen mit Hedgefonds, am Schreibtisch, seien gefährlich.

Nebenbemerkung: Die kleinen Ameisen machen 8% der Biodiversität auf der Welt aus.

Ich kann hier leider nur meine persönlichen Notizen in Stichworten weitergeben. Die einzelnen, sehr informativen Redebeiträge stehen Interessierten jedoch als PDF-Dateien im Internet zur Verfügung: <http://www.fhnw.ch/technik/ign/veranstaltungen/welternahrungstagung>

Monica Gassner



Mitgliederversammlung 2014

Die MV soll am ersten April-Wochenende in der Silvio Gesell Tagungsstätte in Wuppertal stattfinden, verbunden mit einem interessanten Begleitprogramm. Es lohnt sich also, den Termin freizuhalten!

Bitte
vormerken

INWO-Kooperation mit »Lust auf neues Geld«

Vom 6.-8. September war die Große Kreisstadt Schwarzenberg im Erzgebirge Ausrichter des 22. »Tages der Sachsen«. Über 100.000 Besucher strömten über das Festgelände.

Auch die INWO nutzte diese Chance, den Menschen »Lust auf neues Geld« zu machen, und kooperierte zu diesem Zweck mit der gleichnamigen Gruppe um Steffen Henke.

13 fleißige Mitgestalter führten in Summe hunderte Gespräche an diesen drei Tagen. Unermüdlich wurden die Fragen der Besucher beantwortet. Mit einem sympathischen Lächeln und unter Verwendung verschiedener Materialien war es möglich, sehr viele Menschen zu erreichen. Wir danken Jochen ##### und den anderen Mitstreitern für den gelungenen Einsatz.

Helfen Sie, unsere Ideen zu vernetzen

Liebe Mitglieder, Sympathisanten, Freunde der Fairconomy,

der Ansatz der INWO, durch eine Umlaufsicherungsgebühr dem Geld »Beine zu machen«, ist eine zwingend notwendige Innovation für eine stabile und nachhaltig funktionierende Gesellschaft. Nur so kann die Zirkulation des Geldes gewährleistet werden ohne immer mehr Wirtschaftswachstum um jeden Preis erzwingen zu müssen. Und nur so können die Zunahme des Reichtums auf der einen Seite und die katastrophale Verelendung auf der anderen Seite gestoppt werden. In Internet-Diskussionen und -Beiträgen wird über die Behebung von Symptomen diskutiert. Weniger Schadstoffe durch ökologisch vertretbare Produktion, weniger Umweltgifte durch besseren Einsatz von Chemikalien oder mehr Sozialleistungen für einkommensschwache Haushalte sind solche Themen. Viel zu wenig Menschen fragen sich, warum es immer mehr Produktion geben muss und warum Reichtum und Armut gleichermaßen zunehmen.

Und hier kommen Sie ins Spiel.

Die INWO bietet eine Vielzahl, mitunter auch leicht verständliche, Beiträge zur Aufklärung der gesellschaftlichen Widersprüche. Nutzen Sie die Möglichkeit, in der Kommentarspalte Ihrer Internet-Zeitschrift, in Ihrem Lieblingsblog oder in Ihrem sozialen Netzwerk unser Anliegen einzubringen.

<http://www.inwo.de/fairconomy-archiv>

Fügen Sie einen Hyperlink zu einem Heft aus unserem Online-Fairconomy-Archiv ein, in dem ein relevanter Beitrag zu dem diskutierten Thema steht.

<http://www.inwo.de/medienspiegel>

Oder verlinken Sie ganz einfach einen aktuellen Beitrag aus dem INWO-Medienspiegel.

<http://de-de.facebook.com/pages/FAIRCONOMY/211202346056>

Besuchen Sie die Fairconomy-Seite bei Facebook und »likern« Sie interessante Kommentare. So machen Sie neugierige Menschen auf unsere grundlegende Kritik aufmerksam und weisen, ohne viele Worte, darauf hin, dass Umweltzerstörung, soziale Verelendung und Hyperinflation keine zwingenden Perspektiven für unsere Gesellschaft sind.

Weitere Quellen, die Sie nutzen und empfehlen können, sind:

<http://twitter.com/FAIRCONOMY>

unsere FAIRCONOMY-Tweets bei Twitter,

<http://www.youtube.com/watch?v=k3VbT7dhyCc>

Videos in unserem neuen Videokanal auf YouTube

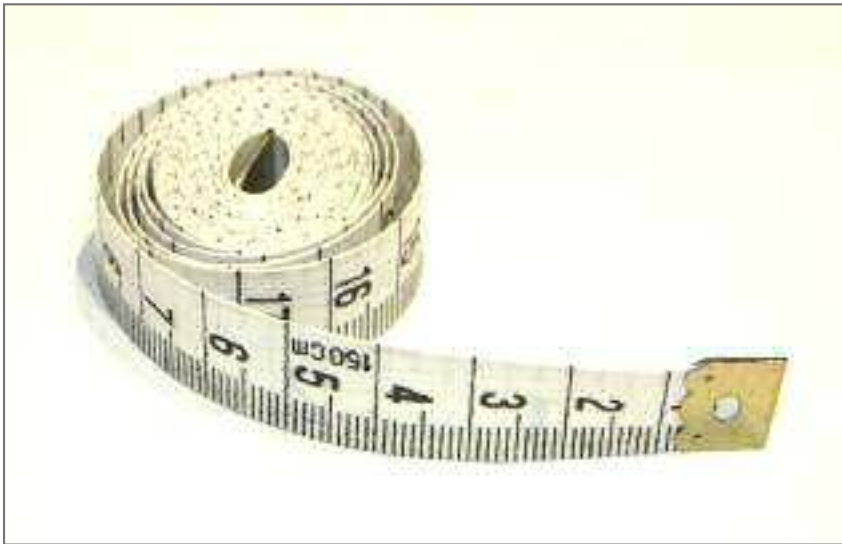


<http://fairconomy.blogspot.de>

und Beiträge in unserem FAIRCONOMY-Blog.

Wenn sich alle vernetzen, die sich eine bessere Welt mit einem gerechteren Geld vorstellen können, dann werden wir auch etwas bewegen!

Klaus Willemsen



Vortragsveranstaltung mit **Helmut Rau**

Am 9. Oktober 2013 referierte Helmut Rau bei einer Veranstaltung zum Thema »Ausbeutung durch das Geldsystem – Wege zu einer gerechten Geldordnung« des Forum Mensch und Gesellschaft Pforzheim. Etwa 35, vorwiegend ältere Zuhörer kamen ins Haus Argo in Vaihingen/Enz. Es gab erstaunlich wenig Zwischenfragen, dafür allenthalben zustimmendes Nicken. Es handelte sich, sehr selten heutzutage, um ein sehr aufmerksames Publikum.

Der Vortrag kam gut an. Kein Wunder, versucht Helmut doch durch auflockernde Spiele »Frontal-Unterricht« zu vermeiden. Außerdem versteht er es, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich darzustellen. So veranschaulicht er z.B. große Summen mit Hilfe eines Maßbands. Insbesondere für Neuein-

steiger sind Helmut's Vorträge daher ein Gewinn. Sehr gelungen sind auch die zum Schluss verteilten Info-Blätter, die die Zuhörer daheim nochmal zur »Nachlese« verwenden können.

»Am Ende kam ein älterer Herr auf mich zu«, erzählt Helmut Rau, »und hat mich darauf hingewiesen, dass ich etwas vergessen hätte. Ich dachte schon: Jetzt kommt wieder der Besitz an den Produktionsmitteln. Doch nein, ich hätte den Krieg nicht erwähnt, der doch zwangsläufig kommen müsse und bisher immer bei solchen Krisen kam. Das hat mich dann doch überrascht und ich erklärte ihm, dass ich es vermeiden will, zu schwarz zu malen.« Im Gegenteil – Helmut Rau vermittelt die Problematik lieber mit einer Prise Humor.

Wer Interesse an einem Vortrag mit Helmut Rau hat, kann ihn über die E-Mail-Adresse Stuttgart@INWO.de erreichen.



INWO-Regionalbüro

Seit diesem Jahr gibt es offiziell in Dortmund das »INWO-Regionalbüro West«. Dienstags und freitags ist hier unser Vorsitzender Vlado Plaga telefonisch erreichbar.

INWO-Regionalbüro West
Dessauerstraße 8
44263 Dortmund
Telefon: 0231 44995855
E-Mail: vlado.plaga@INWO.de

Neues **INWO-Positionspapier**

Die Stabilisierung der Währung und des Finanzsektors ist eine zentrale Grundlage für eine friedliche, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Angesichts der aktuellen geldpolitischen Entwicklungen arbeiten wir daher an einem Kommuniké zur Einführung einer Geldhaltegebühr.

Dieses Papier wollen wir im nächsten Jahr in Umlauf bringen, um die Diskussion hierüber in der Fachwelt und Öffentlichkeit voranzutreiben.

Für Ihre Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.

INWO steckt an!

Unterstützen Sie unsere Arbeit. Werden Sie INWO-Mitglied!

(Antrag auf S. 22)
Aktuell erhält jedes Neumitglied eine dekorative blau-gelbe INWO-Anstecknadel geschenkt.



Näheres werden wir Sie über unseren Aktiven-Mailverteiler (Anmeldung bei Vlado Plaga: vlado.plaga@INWO.de) und über das Internet wissen lassen (unter www.INWO.de).

Wirtschaft ohne Wachstumszwang – Rückschau auf DANACH-Veranstaltungen

Zwei wichtige Vordenker der Occupy-Bewegung waren erstmals in Zürich und begeisterten das zahlreich erschienene Publikum. Die Postwachstumsökonomie war zudem an einem dreitägigen Symposium Thema.

Pures Gift für den Planeten ist das heutige Wirtschaftssystem. Doch es werde über kurz oder lang komplett umgebaut, entweder »by design« oder »by disaster«, zeigt sich Niko Peach überzeugt. Das fulminante Referat des Volkswirtschafters bildete den Auftakt des DANACH-Symposiums 2013. Sowohl Paech als auch DANACH interessieren sich für Designs von Wirtschaftsalternativen. Die junge Organisation wird dabei tatkräftig von der INWO unterstützt, die Allianzpartner von DANACH ist.



Postwachstumsökonom
Niko Paech im Einsatz
für eine Wirtschaft
ohne Wachstum

Eine ökologische, nachhaltige Gesellschaft ist nur möglich, wenn die heutigen Finanzstrukturen von Grund auf überarbeitet werden. Doch die Bankenwelt verteidigt ihre fragwürdigen Business-Modelle und zeigt kaum Interesse an einem Wandel. Wie lange noch? Der zweite Symposiumstag, der unter dem Motto »Eine Welt ohne Banken?« stand, vermittelte einen guten Einblick, wie sich die Finanzwelt jenseits der konventionellen Banken neu ausrichtet. Noch bleiben viele Unbekannte – was führt beispielsweise Google mit seiner europäischen Bankenlizenz im Schilde?

Abkehr von der Convenience-Gesellschaft

Unsere Fingerfertigkeit droht auf den Touch-Screens der Convenience-Gesellschaft zu verkümmern. Doch viele Menschen entwickeln eine unbändige Lust am Selbstermachen – auf ganz neue Art und Weise. Dies zeigte der abschliessende Symposiumstag, der mit einem Blick in die an allen Orten aufkeimenden, vielseitigen »Do it yourself«-Bewegungen aufwartete. Er vermittelte den

Teilnehmenden, was man sich erspart und was man an Kompetenz gewinnt, wenn man selber Hand anlegt.

Doch nicht nur Lern- und Spareffekte stehen beim Selbstermachen im Vordergrund, vielmehr lässt sich dabei das persönliche »Sozial-Kapital« erweitern, denn oft finden Aktivitäten etwa in Gemeinschaftsgärten oder im öffentlichen Raum statt; es wird gemeinsam gewirkt, genutzt, geteilt, gelacht. Von »Commons«, dem Gemeingut und -wohl abgeleitet, nennt Andrea Baier diese Bahnbrecher »Commonisten«; die Entwicklungssoziologin erforscht und dokumentiert neues, nachhaltiges Wirtschaften.

Verbundenheit und Schuldenschnitt

Obwohl Charles Eisensteins Bekanntheitsgrad im deutschsprachigen Raum noch bescheiden ist, kamen rund 240 Menschen zu seinem Referat, welches DANACH in Zusammenarbeit mit der Studentenorganisation Project 21 veranstaltete. Der Vordenker der Occupy-Bewegung führte darin aus, wie sich die Wirtschaft wandeln kann und muss, um die globale Krise meistern zu können. Seine Thesen und Ideen sind einleuchtend und machen Mut: Nicht Konkurrenz bringt uns weiter, sondern Verbundenheit.

Wesentlich bekannter ist David Graeber, der mit seinem Buch »Schulden – die ersten 5000 Jahre« einen Bestseller schrieb. Er füllte den grossen Saal am Gottlieb Duttweiler Institut (GDI) bis zum letzten Platz – obwohl der Anlass kostenpflichtig war. Der Ethnologe sprach sich für einen baldigen Schuldenschnitt aus.

Bei der Graeber-Veranstaltung kooperierte das GDI mit DANACH. Das war der erste Kontakt des Think-Tank zu einer Basisbewegung, um die Diskussion um eine nachhaltige Welt in der erforderlichen Breite führen zu können. Und die wurde auch erreicht: Das Fernsehen SRF nahm die Gelegenheit wahr, den Erfinder des Occupy-Mottos »Wir sind die 99 Prozent« zu interviewen.

Die Videos aller Referate sowie das SRF-Interview mit David Graeber finden Sie auf www.danach.info

Stilles Andenken an unsere im Jahr 2013 verstorbenen Mitglieder

Im April 2013 wurde uns der Hinschied von **Fritz Schulthess** aus Zürich gemeldet. Fritz Schulthess ist am 10. März 2013 verstorben und war ein langjähriges Mitglied – noch von der »alten Garde«. Die INWO durfte aus seinem reichhaltigen Bücherarchiv einige interessante Bücher übernehmen.

Bruno Jeker, Jahrgang 1915, ebenfalls ein langjähriges Mitglied bei der INWO Schweiz, war bis ins hohe Alter geistig und körperlich sehr aktiv (siehe Interview r-evolution Nr. 55 vom Dezember 2012). Leider ist er am 4. Mai 2013 zu Hause infolge eines Sturzes verstorben.



Musikalische Vernetzungswanderung 2013

Auch dieses Jahr, am 15. Juni, fand eine weitere Ausgabe der Vernetzungswanderung statt. Sie führte bei teilweise sonnigem und grösstenteils trockenem Wetter in den Kanton Appenzell Innerrhoden und wurde von Stimmvolk Schweiz organisiert. Gleich nach dem Treffpunkt in Weissbad durften wir Teilnehmer den liebevoll eingerichteten Kräuter- und Heilpflanzengarten des Hotels besuchen, inklusive Führung. Nachdem zur Einstimmung ein paar Lieder gesungen wurden, ging es bald danach auf den Weg zur Ebenalp. Da auf der Wanderung einige Höhenmeter überwunden werden mussten, wurde zur Halbzeit eine Pause eingelegt, in der sich die verschiedenen Organisationen vorgestellt haben. Dies waren: Holon, INWO Schweiz, Talent, Ecopop, Stimmvolk Schweiz, Integrale Partei und weitere Integrale Initiativen. Zwischendurch wurden immer wieder Lieder gesungen. Auf der Ebenalp angekommen, bestand die Möglichkeit, sich im Restaurant zu verpflegen. Dies hat sich gelohnt! Es standen einige Appenzeller und Ostschweizer Spezialitäten auf der Speisekarte.

Nach dem Mittagessen führte die Wanderung ein kurzes Stück weiter zum Wildkirchli und der gleichnamigen Höhle. Dort wurden während eines längeren Zwischenhalts weitere Lieder gesungen, auch mit instrumentaler Be-

gleitung. Danach trennte sich die Gruppe: Die erste Gruppe wanderte zum Seelapsee und weiter ins Tal zur Bahnstation Wasserauen, die zweite Gruppe wanderte zurück zur Ebenalp und nahm von dort die Luftseilbahn zur Bahnstation. Dieses Jahr habe ich mich zur Abwechslung einmal der gemütlichen Wandergruppe angeschlossen und mich nach einem Eis im Bergrestaurant mit der Luftseilbahn in die Talstation bringen lassen. Dank dem Umstand, dass die Teilnehmer von Stimmvolk Schweiz mit den Musikinstrumenten ebenfalls diesen Weg eingeschlagen haben, konnte ich mit ihnen zum Ausklang nochmals ein paar Lieder singen.

Auch dieses Jahr war der Anlass mit mehr als 60 Teilnehmern sehr gut besucht. An dieser Stelle möchte ich mich nochmals beim Wanderleiter Remy Holenstein und bei den Organisatoren von Stimmvolk Schweiz für diesen herrlichen Anlass bedanken, der bei mir in guter Erinnerung bleiben wird.

Roland Stebler



Volksinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Durch eine kleine Anzeige im Tagesanzeiger wurde ich im Juni 2009 auf die INWO Schweiz aufmerksam. Die Regionalgruppe Zürich zeigte beim monatlichen Diskussionsabend im KdG den Film »Grundeinkommen – Kulturimpuls« von Daniel Häni und Enno Schmidt. Ich besuchte die ersten »Gazosa«-Treffen der Initianten des BGE in Zürich. Einmal im Monat wurde hier über das BGE diskutiert. Das Thema Grundeinkommen liess und lässt mich nicht mehr los.

Auch der Vorstand der INWO Schweiz steht hinter dieser Initiative und an der INWO-GV im Jahr 2011 in Basel stellte Daniel Häni die Ideen rund um das BGE vor. Am 21. April 2012 startete die Volksinitiative mit einem Fest in Zürich. Bei der INWO-GV am 28. April 2012 in Bern haben wir beschlossen, dass die INWO Schweiz die Initiative ideell weiterhin unterstützen soll und es wurden ein Positionspapier sowie eine Variante zur Finanzierung des Grundeinkommens vorgestellt (siehe www.inwo.ch/aktuell).

Zum Thema der Finanzierung fand am 21. Juni 2012, wiederum im KdG, eine Veranstaltung der INWO-Regionalgruppe Zürich in Kooperation mit der Integralen Politik statt. Verschiedene Blickwinkel wurden von Nele Pintelon und Robin Wehrle von der »Dimen-

sion Grundeinkommen« sowie Enno Schmidt vom »Kulturimpuls Grundeinkommen« vorgestellt (siehe www.inwo.ch/aktuell).



Monica Gassner bei der Übergabe der gesammelten Unterschriften

Am 21. April 2013 – ein Jahr nach der Lancierung der Initiative – waren 101'852 Unterschriften gesammelt! Dies Dank des riesengrossen Einsatzes der Initianten und Unterstützer der Initiative. Hut ab! Das ist eine tolle Leistung und brauchte den Einsatz hun-

derter Menschen, welche sich ein Grundeinkommen vorstellen können und mit Freude Unterschriften gesammelt haben.

Und schlussendlich: Am 4. Oktober wurden 126'408 beglaubigte Unterschriften in Bern abgegeben. Auf dem Bundesplatz trafen sich viele Gleichgesinnte. Wahrscheinlich gibt es nicht so oft eine so fröhliche Übergabe gesammelter Unterschriften wie an diesem Tag. Das liegt sicher daran, dass es eine Initiative *für* und nicht *gegen* etwas ist. Der Künstler und Mitbegründer der Schweizer Initiative Grundeinkommen Enno Schmidt sagte dazu: »Wenn man etwas nicht möchte, findet man Gründe. Wenn man etwas will, findet man Wege.« Ich hoffe, es machen sich weiterhin viele Menschen auf den Weg, um Lösungen für ein gerechteres Finanzsystem in einer gerechteren Welt zu finden und umzusetzen.

Wie geht es weiter? Jetzt wird sich der Bundesrat mit dem Grundeinkommen befassen und einen Bericht dazu verfassen. Dafür hat er ein Jahr Zeit. Anschliessend folgt die Debatte im Parlament. Die Volksabstimmung erfolgt dann in zwei bis drei Jahren. Die Frage lautet: Soll jeder Mensch in diesem Land die finanzielle Grundlage zum Leben bedingungslos erhalten?

Monica Gassner-Rusconi

Raus aus der Wachstumslogik oder Grün wachsen?

So lautete das Thema, zu dem die Fraktion »Die Grünen« am 15. November in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingeladen hatte. Hintergrund der Fragestellung: Kann eine Gesellschaft, die ihre Wirtschaftsleistung alle 20 Jahre verdoppelt, nachhaltig und ökologisch verträglich sein?

Dahinter stehen die Zweifel daran, wie es möglich ist, jedes Jahr mehr Gewinne zu realisieren, mehr Menschen zu beschäftigen, mehr Kapital zu verwerten und mehr Steuern einzunehmen, ohne die Grenzen der Belastbarkeit des Ökosystems zu überschreiten. Wer im Saal Zweifel hegte, dass diese Prozesse weltweit, auf unbegrenzte Zeit und unter Sicherung und Bewahrung der ökologischen Grundlagen unseres Planeten vertretbar sind, konnte sich von Ralf Fücks ausgiebig beruhigen lassen. Fücks, Mitglied des Vorstandes der Heinrich-Böll-Stiftung, präsentierte das Hohelied der Technikgläubigkeit. Wer seinen Gedanken folgte, konnte den Eindruck gewinnen, dass es nur eine Frage der technischen Innovationen sei, um sanft und ohne Umweltbelastung nach Australien zu fliegen, dass VW und BMW Millionen von Autos aus kompostierbaren Rohstoffen fertigen könnten und dass unsere IT-Produkte schon bald auch ohne giftige Chemikalien hergestellt werden.

Nicht wahrhaben wollen

»Die Frage heißt nicht *ob*, sondern *wie* die Wirtschaft wächst«, lautete Fücks' Botschaft. »Mir ist kein Konzept bekannt, wie die soziale Krise in Südeuropa ohne ein Konzept für eine Wachstumsdynamik gelöst werden kann.« An diesem Punkt hätten alle, denen die Größenordnung, die Dynamik und die Konsequenzen der weltweiten Wirtschaftsleistung auch nur ansatzweise bewusst sind, nach Hause gehen können.

Wäre da nicht noch der Vortrag von Professor Niko Paech auf der Tagesordnung gewesen. In den knapp 20 Minuten, die ihm eingeräumt wurden, gelang es ihm anhand präziser Fakten, die Illusionen der Wachstumsgläubigkeit nachhaltig zu zerlegen. »Es ist nicht möglich, die wirtschaftliche Leistung zu steigern, ohne mehr Verbrauch und Belastung zu erzeugen.« Wenn wir die Konsumgewohnheiten nicht hinterfragen und weitermachen wie bisher, werden wir selbst bei größter Ressourceneffizienz und unter Beachtung ökologischer Produktionsweisen unsere Umwelt immer stärker vergiften, noch mehr Rohstoffe plündern,

das Klima stärker belasten und die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier weiter zerstören. Dass selbst *grüne* Politiker diese Konsequenzen nicht mehr wahrhaben und lieber nicht mehr öffentlich kundtun wollen, ist erschütternd. Paech: »Politik war noch nie heuchlerischer.«

Die Referenten Alexandra Landsberg, Holger Rohn und Hermann Ott deuteten zwar Zweifel an der Wachstumsgläubigkeit an, bemühten sich jedoch, dem Glauben an grenzenloses Wachstum die Stange zu halten. Sie referierten von »effizientem Ressourceneinsatz«, über das »Deutsche Ressourcen-Effizienzprogramm« und über die »Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch«.

Rolle des Finanzsystems nicht geklärt

»Wachstum ist ohnehin unvermeidbar!« – In diesem Satz brachte ein Mitglied der Landtagsfraktion den Stand der Diskussion auf den Punkt. Die erschütternde Erkenntnis dieser Veranstaltung war für mich: Nach 30 Jahren grüner Politik gibt es noch immer keine Erklärung dafür, dass NRW, als die reichste Region Europas, auf mehr Wirtschaftswachstum angewiesen ist, dass Deutschland, als reichste Region in Europa, auf mehr Wirtschaftswachstum angewiesen ist, und dass Europa, als reichste Region in der Welt, seine sozialen Probleme nur mit mehr Wirtschaftswachstum in den Griff bekommen kann. In der fast vierstündigen Veranstaltung wurde zu keinem Zeitpunkt nachgefragt, **warum** denn unsere Gesellschaft auf permanenten Wirtschaftswachstum angewiesen ist.

Fücks deutete in einem Nebensatz an, dass man in Projekten den »Druck durch Fremdkapital begrenzen« sollte. Ott erwähnte die »Stärkung von Genossenschaften, die nicht



Nahezu zeitgleich präsentierte Grünen-Umweltminister Rammel den alarmierenden Waldzustandsbericht. 73% der Bäume in NRW sind krank. Die Grünen wollen trotzdem mehr Wirtschaftswachstum.

auf kurzfristige Renditen ausgerichtet sind« und räumte ein: »Die Rolle des Finanzsystems haben wir noch nicht behandelt und gelöst.«

Die Funktionsweise unseres Geldes, das bei einer realen Verzinsung unter 3 % seinen Dienst verweigert, scheint keinem der Referenten vertraut zu sein. Dass wir das Wirtschaftswachstum brauchen, weil ansonsten die Geldvermögen noch stärker zulasten der Arbeitseinkommen zunehmen, fand bei den Grünen-Funktionsträgern keine Erwähnung. Zu Zeiten von Joseph Beuys war die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Partei deutlich weiter. ■

Klaus Willemsen

Christian Kreiß: Profitwahn – Warum sich eine menschengerechte Wirtschaft lohnt.
Tectum, Marburg 2013, 232 S., 17.95 €, ISBN 978-3-8288-3159-9

Der ICE ist fast pünktlich, diesmal. Neben mir sitzt ein junger Mann. Er hat die ganze Fahrt über seinen Laptop in Betrieb, stundenlang Computerspiele. Scheint sich ablenken zu müssen. Von was eigentlich, würde ich ihn am liebsten fragen.

Gedanken kommen und gehen: wach sein, hier sein, unsere Realität sehen, sehen was wirklich um uns herum ist... scheint nicht mehr in Mode zu sein bei vielen jungen Leuten.

Ich beginne mit meiner Reiselektüre: »Profitwahn« von Christian Kreiß, einem Wirtschaftsprofessor mittleren Alters. Im Bild auf dem Klappentext mit wachen Augen, die etwas verwundert dreinschauen. Hätten wir doch alle tatsächlich Grund uns sehr zu wundern, denke ich.

Wie ist es möglich, fragt der Autor, dass wir offensichtlich in einer Art kollektiver Trance die falschen Grundannahmen unserer gängigen Wirtschaftstheorien nicht wahrnehmen? Wie war es möglich, denke ich, schon beim Lesen der ersten Seiten, dass damals im Dritten Reich ein ganzes Volk dem Rassenwahn verfiel, mit den dann schier unglaublichen Folgen?

Kreiß versucht eine Antwort auf diese Kernfrage zu geben. Er ist Fachmann, Insider, hochkompetent, scheint mir, und er hat Mut. Braucht es Mut, aus kollektiven Trancen aufzuwachen? Ja, und – man muss es wollen. Der Autor hat profunde Geschichtskenntnisse, verknüpft aktuelle Zusammenhänge damit. Er versucht, ein ganzheitliches Bild unserer derzeitigen Wirtschaftskrise zu vermitteln. Plötzlich ergeben die Zusammenhänge ein verblüffend einleuchtendes und logisch stimmiges Bild: Nur eine gerechte Wirtschaft, so Kreiß, kann auf Dauer bestehen.

Mir gegenüber sitzt eine junge Dame mit einem frischen, offenen Gesicht, auch sie stundenlang am Laptop. Ich erfahre später, sie schreibe ihre Masterarbeit nach elf Semestern Psychologiestudium. Ihr Engagement, anderen Menschen zu helfen, nehme ich ihr sofort ab, sie wirkt sehr sympathisch. Ein Satz fällt mir ein, von einem indischen Weisen: Es sei kein Zeichen geistiger Gesundheit, sich (und andere) an eine kranke Gesellschaft anzupassen. Kann ich der jungen Frau so etwas sagen?

Kreiß scheint ähnlich zu denken: Die Politik, die Öffentlichkeit nimmt die krankhafte Wirtschaftsverfassung mit ihren falschen Kernaussagen als unveränderlich hin. Die Mainstream-Ökonomen blenden die gefährlichen Begleiterscheinungen aus, vieles wird in den Medien schöngeredet.



Der Zug fährt weiter, es ist ein sonniger, klarer Herbsttag. Wie schön die Landschaft. Hanna Arendt kommt mir in den Sinn: »Die Banalität des Bösen«. Rassenwahn damals. Profitwahn heute. Banales, Oberflächliches um mich herum, Bildzeitungsleser, Kinderspiele am Computer, Konsumwelten mit seichem Klatsch gepaart mit kollektiver Instantmeinung. Wie langweilig, denke ich. Angepasst und langweilig.

Links neben mir im Großraumwagen ein 4er-Tisch mit vier netten, nicht ungebildeten älteren Damen im Dauergespräch. Stundenlang harmloser Klatsch und viel über die Enkel. Kreiß schreibt eindringlich und klar, wir alle hätten es in der Hand, unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft zu hinterlassen. Aber es sei höchste Zeit, wirtschaftliche Fragen nicht mehr der Politik und schon gar nicht der Wirtschaft selbst zu überlassen. Ich staune, lese mich mehr und mehr in dieses Buch ein. Es ermöglicht auch Nichtökonominnen wie mir, die derzeitige Wirtschaftssituation, vor allen Dingen auf den Finanzmärkten, besser zu verstehen. Könnte ich es wagen,

den Damen gegenüber bei ihrer doch rührenden Sorge einen Hinweis auf diese fast alles umfassende Grundproblematik zu geben?

Der ICE fliegt durch die Landschaft, ich lege das Buch zur Seite, Gedanken kommen mir. Ich hörte damals von den Eltern über Königsberg im Januar 1945. Der Einmarsch der Roten Armee, mit unglaublicher Brutalität auf beiden Seiten. Vorher herrschte völlige Ignoranz der wirklichen Gefahr gegenüber. Sie erzählten, die Leute gingen vorne aus den Häusern wie normal zur Arbeit, während in den Gärten dahinter schon die Russen zum Sprung ansetzten. Propagandawahn, Schönreden, bis alles, aber wirklich alles zu spät war, damals.

Ich nehme meine Lektüre wieder auf. »Profitwahn« fesselt mich. Kann ein Krimi spannender sein? Die geschichtlichen Parallelen und Zusammenhänge sind einleuchtend, hier schreibt ein Ökonom mit viel Verantwortungsbewusstsein. Man spürt den Menschen, auch den Vater, der er wahrscheinlich ist. Er bietet seiner Zunft die Stirn, passt sich nicht an. Wieso, fragt er immer wieder, will man aus den Fakten und der Geschichte nicht lernen?

Nun fährt der ICE in Hamburg ein, meine Reise ist zunächst zu Ende, bald darauf auch meine Lektüre. Ich konnte dieses Buch kaum weglegen und das bei einem Fachbuch. Es drängen sich mir im Anschluss weitere Fragen auf: Ist es möglich, dass wir nach der Katastrophe des Dritten Reiches und der Chance, auch wirtschaftlich aufzuwachen, wieder in einem anderen Albtraum gefangen sind? Ja, es ist möglich.

Und ist es möglich, dass wir eine zweite, große Chance, dem Profitwahn zu entkommen, 1989 bis 2001, wiederum verpasst haben? Ja, es ist möglich.

Wird man jemals verstehen, dass es in einer endlichen Welt kein noch so geartetes, endloses Wachstum geben kann? Wann wird man verstehen, dass Wasser, Luft und Boden allen gehören? Wann, dass es niemals Frieden geben wird, wenn der Mensch den Menschen bewirtschaftet?

Was wäre, wenn wir angesichts der Weltlage mal die ganzen Plattheiten und Ablenkungen lassen würden? Wenn wir wesentlich würden? Ich glaube mit Christian Kreiß, dass dann dieser Albtraum schnell vorbei wäre. Die richtigen Fragen sind öffentlich noch kaum gestellt. Der Autor stellt sie.

Stefan Pinkert

Arno Gahrmann: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Westend, Frankfurt/Main 2013, 224 S., 17.99 €, ISBN 978-3-86489-038-3

Arno Gahrmann, seines Zeichens Professor für Finanzierung und Investition, hat nichts weniger vorgelegt als ein Manifest gegen die herrschende Zahlengläubigkeit. »Die Misere begann mit der Null und dem dekadischen Zahlensystem«, so Gahrmann. »Endete das gedankliche Fassungsvermögen des Menschen bis dahin bei »sehr groß«, eroberte er neben Kontinenten nunmehr auch Zahlenräume, die bis dahin jenseits aller Vorstellung waren.« Heute ist die Ökonomie von Zahlen durchdrungen. Doch »mit der Verengung auf die eine Dimension der monetären Zahlen ging der Blick für die übrigen Dimensionen unserer Wirtschaft verloren.« Erst jetzt dämmere es langsam auch den Wirtschaftswissenschaftlern, dass mehr monetäres Vermögen und mehr in Geld ausgedrückte Wirtschaftsleistung keinesfalls notwendig mit einem Mehr an Zufriedenheit verknüpft sind.

Kritisch hinterfragt Gahrmann beispielsweise die Aussagekraft von Unternehmensbilanzen: »Welchen Wert haben solche penibel errechneten Zahlen, wenn sie sich ohnehin alle drei Monate ändern? Welche Substanz können in Geld ausgedrückte Vermögenswerte überhaupt besitzen?« Er vermutet zu Recht, dass sich hinter vielen der aufgeblähten Zahlenwerke inflationäre Preissteigerungen und Blasen bei Immobilien und Aktien verbergen.

Ein Unternehmen sei in der modernen Ökonomie ohnehin nur mehr »ein Mittel zum Zweck der Kapitalmehrung« und von daher »ein austauschbares Investitionsobjekt neben vielen«. Private oder institutionelle Anleger erwerben Aktienfonds, in denen Anteile verschiedener Unternehmen gebündelt sind, die nur ihre Renditeerwartungen erfüllen müssen. Sonst ziehen sie eben weiter ... Der Finanzkapitalismus treibt diese Entwicklung auf die Spitze, indem aus dem Kapital selbst heraus neue virtuelle »Produkte« kreiert werden, die das Kapital mehren helfen – völlig losgelöst von der Realwirtschaft.

In der Konsequenz ist für Gahrmann die Werthaltigkeit von Vermögen an sich fragwürdig geworden. Das in Geld bezifferte Vermögen verwandele sich »in einen Wahn und das Weltgeschehen in einen sozialen und ökologischen Wahnsinn.« Je stärker das Wachstum von Vermögen vorangetrieben werde, wandele sich dieses »zu einem alles Leben

und letztlich sich selbst aufsaugenden »Schwarzen Loch«.

Weitere Ex- und Implosionen wie in den vergangenen Krisenjahren könnten weder durch die teilweise Rücknahme der Deregulierung noch durch die Einführung von Finanztransaktionssteuern verhindert werden, »denn die Kräfte, die den Druck aufbauen, wirken wie bei der Plattentektonik permanent«. Gemeint ist der Zinseszinsseffekt.



Der Autor erklärt in drei Kapiteln die Zusammenhänge zwischen »Geld und Schulden«, »Zinsen und Rendite« sowie »Kapital und Vermögen«. Schulden sind in einer arbeitsteiligen Gesellschaft »so natürlich wie unerlässlich«, führt Gahrmann aus. Es wundert daher nicht, dass »schon im Moment der Geldschöpfung Kreditschulden generiert werden«. Dass jedoch die Bereitstellung und Nutzung von Geld mit Zinskosten verbunden ist, habe mit diesem Prinzip nichts zu tun. Vielmehr könne ein Geldgeber – hier referiert er die Sicht der Freiwirtschaftler – »ohnehin froh sein, wenn der Kreditnehmer so gut mit dem Geld wirtschaftet, dass er den Wert des Geldvermögens erhält«. Und: »Wer hingegen sein Geld nur bar oder auf einem Girokonto hält, müsste sogar mit einem negativen Zins, nämlich der Prämie an die Allgemeinheit, rechnen«. Die Allgemeinheit habe ja erst den »Supermarkt Deutschland« hingestellt, der die reiche Verwendungsmöglichkeit von Geld sichere.

Gahrmann bemängelt, dass das dominante Geld in der ökonomischen Theorie »nur eine Statistenrolle« fristet. So werde die Herkunft der – im jetzigen System für Zins und Zinseszins benötigten – stets zunehmenden Geldmenge in der klassischen Volkswirtschaftslehre nicht thematisiert. Diesbezüglich bringt Gahrmann auch ausdrücklich die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken und die mangelnde »Bremsfähigkeit« der Notenbanken ins Spiel.

Gahrmann räumt sogar, was ich sehr mutig finde, mit der Vorstellung auf, dass Finanzkapital unabdingbar sei. »Rein technisch gesehen bedarf es nur »handfester« Ressourcen und einer geeigneten Organisation.« Wie der Titel schon sagt: »Wir arbeiten, und nicht das Geld«. Solch bodenständiges Denken ist den meisten leider längst abhanden gekommen – stattdessen allenthalben »Ehrfurcht vor dem Kapital«.

Was schlägt Arno Gahrmann nun vor, um zu einem menschenwürdigen Wirtschaften zu gelangen? Zunächst einmal sei es notwendig, »sich von der Fixierung auf monetäre Größen zu lösen«, zumal tragischerweise das Rechensystem der Ökonomie reale Verluste an Lebensqualität nicht ausweise, da jegliche Reparatur- und Ausgleichsmaßnahmen genauso in das Sozialprodukt einfließen wie die von den Menschen eigentlich erwünschten Güter und Leistungen.

Gahrmann listet eine Reihe von Vorschlägen auf, die zu einer »De-Kapitalisierung« beitragen würden. Da die den Vermögen gegenüberstehenden Schulden nie mehr begleichbar sind, fragt er am Ende mit voller Berechtigung: »Was würde es also kosten, diese Schulden einfach zu vergessen und zu streichen? Nichts. Sehr viel weniger jedenfalls, als diese Ökonomie weiter laufen zu lassen und auf der Jagd nach Phantomen die Flur von Natur und Gesellschaft vollends zu zertrampeln. Um dies zu verhindern, muss der bisher ungebändigte Wachstumsdruck des Kapitals gemindert und umgeleitet werden. Das bedeutet nichts weniger, als das Kapital zurückzuschneiden und seine neuen Austriebe so weit abzuschöpfen, dass dessen Wachstum verträglich mit Wirtschaft, Natur und Gesellschaft ist.«

Ich könnte endlos aufrüttelnde Passagen und provokante Fragen zitieren. Das Buch ist eine wirkliche Perle unter den vielen Wirtschaftsbüchern der letzten Jahre und ein tolles Geschenk für alle (noch) Zahlengläubigen.

Beate Bockting



Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

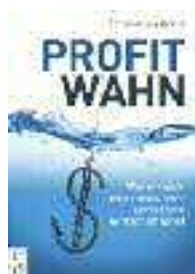
Aktuell



Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen

Mit Fleiß, Geschick und Anstand haben wir Bürger in Betrieb und Familie in den vergangenen sechzig Jahren eine lebendige Wirtschaft aufgebaut. Inzwischen haben aber das ökonomische Denken und Rechnen diese Lebendigkeit zerstört, da die Ökonomie von der Realität abgekoppelt ist. Wie können wir dem entgegentreten? Arno Gahrman liefert die Antworten.

224 Seiten, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2013, 17.99 €



Christian Kreiß: Profitwahn – Warum sich eine menschengerechte Wirtschaft lohnt

Kreiß tritt an gegen die Diktatur der Finanzmärkte und gegen seine eigene Zunft – die Wirtschaftsexperten. Sie beraten die Regierungen der Welt und beeinflussen, was der Öffentlichkeit als wissenschaftliche Wahrheit verkauft wird. Mit historischen Fakten und aktuellen Zahlen entlarvt Kreiß das zu bitterem Ernst gewordene Monopoly-Spiel der Finanzindustrie.

Es ist höchste Zeit für eine Gesellschaftsordnung, die Mensch und Umwelt gerecht wird. Auf dem Spiel stehen ein menschenwürdiges Dasein und echte Demokratie.

232 Seiten, Tectum Verlag, Marburg 2013, 17.95 €

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform



Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3



Helmut Creutz: Die 29 Irrtümer rund ums Geld, Gebundene Ausgabe, 303 S., Signum Verlag 2004, Preis: 9.95 €, Art.Nr. F2



Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient, Taschenbuch, 272 S., Goldmann Verlag, aktualisierte Neuauflage 2006, 7.95 €, Art.Nr. B4



Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9



Dirk Lohr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5



Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6



Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7



Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01 €, Art.Nr. K9



Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge, Broschiert, 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9



Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!

Mitgliedsantrag

INWO e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift)
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt inklusive Zeitschrift)
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (ohne den Bezug der Zeitschrift)
☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro. ☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt auch mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____

Name _____

Straße _____

Postleitzahl _____

Ort _____

E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige und außerordentliche Mitgliederinformationen), Telefon, Fax _____

Datum _____

Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht zwingend erforderlich:

Geburtsdatum, _____

Beruf, _____

Tätigkeit _____

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

- ☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutzhinweis: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und ggf. durch Beauftragte der INWO zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg a.d. Fulda.

Gläubiger-Identifikationsnummer der (INWO) Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung: **DE90NWO00000047916**

1. Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

2. SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut (Name und BIC)

DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____
IBAN:

Datum, _____

Ort _____

Unterschrift _____

Vertretungsberechtigter Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange, Frank Rösner, Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338, Bankverbindung, GLS Gemeinschaftsbank e.G Bochum, IBAN: DE 32430609676010451400; BIC: GENO DE M 1 GLS;

Termine Deutschland

■ **Fr., 13. Dezember 2013, 18.30-22.00 Uhr,**
Forum 3, Gymnasiumstraße 21, Stuttgart

Treffen der INWO-Regionalgruppe

Stuttgart mit Steffen Henke

Ausnahmsweise am Freitag, da Steffen Henke von »Neues Geld« in Leipzig uns an diesem Abend besucht. Dies wird sicherlich ein interessanter Abend, der insbesondere auch für Neueinsteiger sehr geeignet ist.

Der Raum ist diesmal im 2. OG (also über dem Café). Treppe hoch, dann rechts und am Ende des Flures die rechte Tür. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Weitere Treffen am 9. Januar, 13. Februar und 13. März 2014

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Do., 19. Dezember 2013, 19.30-22.00 Uhr,**
Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln

Fairconomy-Arbeitsgruppe Köln

Wir sprechen darüber, wie gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbessert werden können, wie alle Menschen ein Leben in Würde, Gesundheit und mit angemessenem Wohlstand führen können. Dazu braucht es ökonomische, ökologische sowie soziale Stabilität. Insbesondere aber Änderungen in unserem Geldsystem. Wir diskutieren über aktuelle finanzpolitische Entwicklungen und über Grundsätzliches, wie die Reform der Geld- und Bodenordnung.

Kooperation der Melanchthon-Akademie mit der INWO-Regionalgruppe Köln

Weitere Donnerstage im Jahr 2014: 16.1., 20.2., 20.3., 15.5., 26.6. (Achtung: ab 2014 andere Zeit: 18.30-20.45 Uhr. Das Treffen im April fällt aus!)

Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Fr., 3. Januar 2014, 18.30 Uhr,**
Hindenburgstraße 16, Schwabach

Lesertreff der Humanen Wirtschaft

Weitere Termine: 7. Februar, 7. März

Mehr Infos: www.humane-wirtschaft.de

■ **Mi., 8. Januar 2014, 19.00-21.30 Uhr,**
Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt
hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund
Treffen der INWO-Regionalgruppe
Dortmund

Normalerweise jeden ersten Mittwoch im Monat treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 5. Februar und 5. März 2014

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/dortmund/
Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Do., 9. Januar 2014, 19.00-22.00 Uhr,**
Café im Forum 3, Gymnasiumstraße 21,
70173 Stuttgart

Treffen der INWO-Regionalgruppe **Stuttgart**

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 13. Februar und 13. März 2013

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Di., 14. Januar 2014, 17.00 Uhr,**
Katharinenstr. 14, Essen

Gesprächskreis Förderverein Natürliche **Wirtschaftsordnung**

Einmal im Monat leitet Wilhelm Schmülling einen Gesprächskreis und führt mit einem aktuellen Thema als Impulsreferat ein. Hohe Aktualität und das Kennenlernen politisch Interessierter und Aktiver prägen diese Veranstaltung.

Weitere Termine: 11. Februar, 11. März

■ **Fr.-So., 31. Januar - 2. Februar 2014,**
Forum 3, Gymnasiumstr. 2, Stuttgart

Stuttgart Open Fair

Kongress zum Mitmachen mit Workshops, Podien, Film + Theater, Aktionsplanungen, Strategiediskussionen für, mit und von zivilgesellschaftlich engagierten Menschen und Gruppen aus Stuttgart, Europa und der Welt. Diesmal unter dem Motto »Festung EU oder Solidarisches Europa?«

Mit Vorträgen/Workshops von Helmut Rau (Geldreform) und Frank Bohner (Bodenreform).

Mehr Infos: www.stuttgartopenfair.de

■ **Mi., 26. März 2014, 19.00 Uhr, Karl Rahner**
Akademie, Jabachstraße 4-8, Köln

Wie viel ist genug? Wirtschaftswachstum **– pro und contra**

Streitgespräch mit Prof. Dr. Michael Hüther und Prof. Dr. Niko Paech

Nach 40 Jahren Aufklärung über die Grenzen des Wachstums« (1972), über Umweltschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zeigen die Kurven für Ressourcen- und Umweltverbrauch weiterhin steil nach oben.

Genau so soll es auch sein in einer Wachstumswirtschaft, sagen deren Befürworter. Muss nicht die Leitkultur des Verbrauchs und der Verschwen-

dung, der die westlich geprägten Industrieländer frönen, zurückgeführt werden auf ein überlebensverträgliches Maß? – fragen die KritikerInnen.

Prof. Michael Hüther ist Direktor des Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Prof. Niko Paech ist Apl. Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg.

Diese Veranstaltung wird von der INWO-Regionalgruppe Köln in Zusammenarbeit mit der Leserinitiative PUBLIK e.V. durchgeführt.

Gebühr: 10/5 Euro, bei Voranmeldung 9/4,50 €
Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Sa.-So., 5.-6. April 2014, Silvio-Gesell-**
Tagungsstätte, Wuppertal

Mitgliederversammlung INWO Deutschland
Genaue Zeiten und »Rahmenprogramm«
werden noch ergänzt.

Weitere Infos zu gegebener Zeit unter:
www.INWO.de



Verschenken Sie ein **FAIRCONOMY-Abonnement!**

Mit unserer Zeitschrift machen wir auf die Ideen der FAIRCONOMY und die Arbeit der INWO aufmerksam. Helfen Sie mit, diese Ideen weiterzuverbreiten!

4 Ausgaben pro Jahr, versandkostenfrei
Preis: 10.00 € (inkl. MwSt.)

Dies und weitere Geschenkkideen finden Sie im Internet unter:
<http://www.INWO.de/shop>
Oder rufen Sie an unter
Tel.: 066 23 – 91 96 01
Fax: 066 23 – 91 96 02

Oder werden Sie direkt selbst aktiv –
durch eine INWO-Mitgliedschaft!
Im Mitgliedsbeitrag ab 24.00 € ist
die Zeitschrift enthalten.

Zeitmessung

Auszug aus Charles Eisenstein: »Die Renaissance der Menschheit«

... Die Uhr übersetzt die Bewegungen des Himmels in irdische Routine. Zeitmessung beschleunigte die Trennung des Menschen von der Natur grundlegend. ...

In letzter Konsequenz verwandeln Uhren die Zeit in irgendeinen standardisierten, austauschbaren Teil der Weltmaschine und erleichtern damit die technische Nutzung der Welt. Nur eine solchermaßen entwertete Zeit ist ein denkbare Wirtschaftsobjekt. Wer würde andernfalls seine Momente, deren jeder unendlich wertvoll ist, für eine Entlohnung verkaufen? Wer würde sonst die Zeit, d.h. das Leben, zu bloßem Geld reduzieren? Leibniz unerbittlicher Ausspruch »Zeit ist Geld« enthält die grundlegende Reduktion der Welt und die Versklavung des Geistes.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Revolutionäre der Pariser Julirevolution von 1830 in der Stadt alle Uhren zerschmetterten, deren sie habhaft werden konnten. Der fundamentale Zweck der Uhren ist nicht die Zeitmessung, sondern die Koordination menschlicher Aktivitäten. Nebenbei ist es reine Fiktion, eine Vorspiegelung. Wie Thoreau sagt: »Zeit misst nichts als sich selbst.« Die Zerstörung der Uhren repräsentiert eine Weigerung, die eigene Zeit zu verkaufen, eine Weigerung, das eigene Leben einem Zeitplan zu unterwerfen oder es mit den Erfordernissen der spezialisierten Massengesellschaft in Einklang zu bringen. Desweiteren bedeutet es die Erklärung, dass »ich mein eigenes Leben leben werde« und begründet damit die Vorherrschaft des Jetzt.

Das verplante und gehetzte Leben ist das Leben des Sklaven, dessen Leben nicht das eigene ist. Eine grundlegende Macht über jemand anders bedeutet, ihn dazu zu verpflichten, auf Verlangen zu erscheinen: »Wenn ich sage, komm, so wirst du kommen!« Jemandes Zeit zu beherrschen heißt sein Leben zu beherrschen. In der modernen Gesellschaft sind wir chronisch geschäftig, zu geschäftig, um die Dinge zu tun, die wir gern tun möchten, zu geschäftig, um innezuhalten und den Duft der Rosen zu genießen, zu geschäftig, um einmal eine Stunde die Wolken zu beobachten, zu geschäftig, um mit Kindern zu spielen, zu geschäftig, um mehr Zeit mit dem Notwendigen zu verbringen.

Weil sie unauflöslich mit Geschwindigkeit, Komfort, Effizienz und Fortschritt verknüpft ist, hat die Technologie, wie wir sie kennen, ihre Wurzeln in der vergegenständlichten, linearen Zeit. Dies lädt zu der Frage ein, ob denn irgendeine andere Konzeption der Technologie möglich ist. Es ist schwer vorstellbar. Es scheint so, als würde jede Technologie, die auf sich selbst aufbaut und dadurch den Fortschritt definiert, deshalb auch die lineare Zeit definieren. Allerdings braucht Fortschritt nicht notwendigerweise unnatürlich oder zerstörerisch zu sein. Immerhin hat sich das Leben über Milliarden von Jahren in Formen wachsender Komplexität entwickelt, nur um in den letzten paar Tausend Jahren in eine Krise zu münden. Dies legt eine andere Art von Technologie nahe, die ausdrücklich versucht, die Muster der Natur zu entdecken und mit ihnen zu harmonisieren.

... Post-technologische Technologie, wenn ich einen solchen Ausdruck verwenden darf, wird als ihr Modell die Kreisläufe der Natur und insbesondere die »magischen« Praktiken der Urvölker nehmen. Sie wird Einstimmung und nicht Eroberung anstreben, und sie wird sich nicht mit Kontrolle, sondern mit Schönheit befassen. ... ■

